

Gesammelte Reaktion

auf das Diskussionspapier „Bildungsstreikagenda2010“



Stand der Besetzungen in Deutschland am 18.11.09

„Bildungsstreikagenda2010“ erschien unter dem geänderten Titel „Breit statt eng“ am 04.01.2010 in der *jungen Welt*. Thema ist der Bildungsstreik, seine Auswertung und Perspektiven. Das Papier wurde positiv aufgenommen und erzeugte einige schriftliche Reaktionen. Der vorliegende Reader dokumentiert die Beiträge und möchte die Diskussion weiter voranbringen.

- „Bildungsstreikagenda2010“
- Max Manzey (SDS.dieLinke HU Berlin)
- Dominik Düber (BdWi, Köln)
- Manfred Sohn (MdL, Fraktionsvorsitzende Die Linke Niedersachsen)
- Jan Loheit (dieLinke.SDS Potsdam)
- Klemens Himpele (Wien)
- SDS.dieLinke Duisburg/Essen
- Fanni, Julia und Ramin (AktivistInnen aus Österreich)
- Volkhard Mosler (SDS-Mitglied von 1963-69)
- Katharina Dahme (linksjugend [solid] Brandenburg)
- Thomas Sablowski (Goethe Universität Frankfurt am Main)
- Andreas Keller (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der GEW)
- Benedict Ugarte Chacón

Bildungsstreikagenda 2010

Friederike Benda, Steffi Graf, Oskar Stolz, Ben Stotz - (dieLinke.SDS)

Der Bildungsstreik ist neben den Anti-Atomprotesten die erste große soziale Bewegung unter der neuen schwarz-gelben Bundesregierung. Nachdem hunderttausende im Juni protestierten gingen am 17. November erneut 85.000 Menschen auf die Straße. Während im die Proteste im Sommer noch auf eine Woche beschränkt blieben, besetzen Studierende diesmal – inspiriert von der österreichischen Unibrennbewegung – an insgesamt über 50 Hochschulen einzelne Hörsäle. Auch einzelne Schulen schlossen sich den Besetzungen an.

Über Erfolge, Erfahrungen, aber auch über Defizite der Bildungsstreikbewegung versucht dieser Text Auskunft zu geben. Wir verstehen dies als einen solidarischen Beitrag zur Strategiedebatte im bundesweiten Bildungsstreikbündnis.

Bildungsstreik: Dezentral organisiert, bundesweit koordiniert

Eine Besonderheit des Bildungsstreiks ist den meisten Kommentator_innen entgangen. Während frühere Studierendenstreiks wie der „Luckystreik 97/98“ oder die Streikbewegung 2003 spontan ausbrachen und sich erst im Laufe oder teilweise erst zum Ende der Streikbewegung mühsam bundesweite Koordinierungsversuche ergaben, konnte der Bildungsstreik von Anfang an von einem bundesweiten Austausch und langfristiger Planung profitieren.

Heute gibt es, anders als früher, keinen konkreten Anlass, keinen einheitlichen Generalangriff etwa in Form von Studiengebühren, sondern einen über Jahre angestauten Frust über die Zustände in allen Bildungsbereichen.

Die Stärke des bundesweiten Bildungsstreiks besteht darin, dass über eine zentrale Klammer (gemeinsamer Aufruf, bundesweite Materialien, Pressearbeit usw.) diese Unzufriedenheit angesprochen, politisiert und in eine Protestbewegung gewandelt wurde. Vielleicht hat hier die Bildungsstreikbewegung eine wesentliche Antwort auf die Fragmentierung vergangener Schüler_innen- und Studierendenbewegungen wie z.B. auch die Boykottversuche, ertastet. Durch die Bachelorisierung wurden traditionelle, lokal verankerte Protestkulturen (selbstorganisiertes Studi-Café, kritisches Tutorium, Lesekreis und lokale linke Liste mit deutlich mehr Zeit im Diplom-Studiengang) spürbar geschwächt. Die hochschulpolitische Linke ist dadurch in eine Krise geraten. Diese Krise drückt sich auch in denjenigen Kommentaren aus, die den Bildungsstreik zynisch zum braven und angepassten Event abstempeln und eine nur antikapitalistische Ausrichtung der Proteste einfordern.

Diese Annahmen sprechen meist von Außen über die Bewegung, im Effekt laufen die Vorschläge darauf hinaus, die Bildungsstreikbewegung politisch einzuengen und sich auf bereits Überzeugte zu beschränken. Anstatt die Bewegung in die strategische Isolation zu führen, sollten wir uns unsere Stärke immer wieder bewusst machen: Der Bildungsstreik kann durch bundesweite Koordination lokale Kreativität und Aktionspotentiale befördern und breite Spektren der Studierendenschaft ansprechen und potentiell aktivieren – eine wichtige Vorbedingung für eine Radikalisierung der Proteste.

Für die kommenden Bildungsstreiks stehen wir vor der Herausforderung auch Formen der Koordination während des Streiks zu finden, um auf aktuelle Entwicklungen - auf Chancen wie auf Fehler - besser reagieren zu können.

Erfolgsmomente

Der Bildungsstreik hat auf bundesweiter und lokaler Ebene erste Erfolge erreicht und gezeigt:

Protest ist auch in Zeiten des heutigen Bachelor/Master-Systems möglich – wenngleich Studierende unter massiven Druck stehen und nur noch kurze Zeit in den Hochschulen bleiben. Dies allein ist schon ein großer Erfolg der heutigen Bewegung.

Obwohl auf viele Forderungen, ganz besonders die der Schüler_innen und Auszubildenden (noch) überhaupt nicht eingegangen wird, ist es wichtig festzuhalten: Dank der Proteste verteidigt niemand mehr die Bachelor- und Masterstudiengänge, selbst die CDU-Regierung in Niedersachsen will jetzt Reformen einleiten. Entgegen den im Koalitionsvertrag formulierten Plänen kündigt Bildungsministerin Schavan an, noch 2010 das BaföG erhöhen zu wollen. Im Zuge des Streiks wurden an einigen Hochschulen Räume erkämpft, von wo aus neue Proteste vorbereitet werden können - besonders wichtig für Hochschulen, an denen es bisher keine verfasste Studierendenschaft gab.

In Dresden und Oldenburg sind Anwesenheitslisten zur Gänze abgeschafft worden, für die FU und HU in Berlin gilt dies für das jetzige Semester.

Sprach die Kultusministerkonferenz im Vorfeld der Besetzungen noch von zarter Kritik am Bachelor in der "akademischen Öffentlichkeit", so präsentierten die Minister_innen nach dem erneuten Druck der Straße am 10.12. erste Ankündigungen zur Überarbeitung von Bologna: Reduzierung der Arbeitsbelastung, flexiblere Studiendauer im Bachelor, nur noch eine Prüfung pro Modul. Was davon nun wirklich umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. Reale Verbesserungen werden v.a. von der zukünftigen Stärke der Bewegung abhängen.

Vom Protest ins Gremium

Wurde Bildungspolitik lange völlig ohne Befragung, Beratung und Mitbestimmung der Studierenden gemacht, so gibt es nun – als ein Resultat des Bildungstreiks – Gesprächsangebote auf lokaler und bundesweiter Ebene. Konkret wird den Studierenden von der Hochschulrektorenkonferenz und der Bundesregierung angeboten den Bologna-Gipfel im nächsten Jahr gemeinsam vorzubereiten und auszurichten.

In diesen Initiativen stecken Gefahren. Denn die professionellen Verwaltungs- und Expertenapparate der Bildungsminister und Hochschulrektoren sind uns strukturell überlegen. Nur zu leicht kann es passieren, dass eine kleine engagierte Minderheit von Studierenden sich vollkommen in die Arbeitsgruppen und Kommissionen aufsaugen lässt. Das Resultat wäre, dass wir in einen asymmetrischen Prozess hineingeraten und gleichzeitig die Mehrheit der Studierenden davon nichts mehr mitbekommt und passiv bleibt. Gleichzeitig würden die Aktivist_innen in den Gremien „totgearbeitet“.

Trotzdem kann die Teilnahme an diesen Initiativen sinnvoll sein. Die Studierenden würden nur Kopfschütteln ernten, wenn sie die Beteiligung ablehnen würden. Viel wichtiger ist aber, dass ein gemeinsamer Gipfel auch eine Gelegenheit darstellt, Kritik und Forderungen des Bildungstreiks in der Öffentlichkeit zu präsentieren – auch gegenüber den Studierenden selbst. Wenn die Forderungen dann vor den Augen aller von den Politiker_innen zurückgewiesen werden, könnte dies wenigstens einen gemeinsamen Lernprozess und Radikalisierung mit sich bringen.

Wichtigster Gradmesser für den Umgang mit den Gesprächsangeboten ist also die Frage nach der Partizipation aller Studierenden. Wenn jetzt konkrete Mitwirkung gefragt ist, dann sollten wir einfordern, dass alle Studierenden aktiv teilnehmen können.

Wenn eine Hochschulleitung mit den Studierenden am runden Tisch diskutieren will, dann sollten wir einen Diskussionstag in der Vorlesungszeit bei gleichzeitigem Ausfall aller Lehrveranstaltungen fordern. Und wenn wir bundesweit den Bologna-Gipfel mitgestalten sollen, dann nur wenn an dem Tag der Verhandlungen Phönix live in alle Hörsäle übertragen wird – natürlich auch bei Ausfall der Lehrveranstaltungen.

Geld ist nicht alles - aber die Voraussetzung für Verbesserungen

Durch den Druck des Bildungsstreiks ist die Regierung bereit für Zugeständnisse - allerdings nur wenn diese nichts kosten. Alle Novellierungen betreffen die Organisation des Studiums, die materielle Ausstattung der Hochschulen bleibt katastrophal.

Mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen, neue Studienplätze und die Abschaffung von Zugangsbeschränkungen - substanzielle Veränderungen kosten Geld.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beziffert den dringendsten Bedarf auf mind. 40 Mrd Euro. Der Hochschulpakt der Regierung ist demgegenüber unzureichend, die Statistik außerdem frisiert. Der Anteil der Bildungsinvestitionen am BIP ist in den letzten Jahren immer weiter gesunken obwohl der gesellschaftliche Reichtum kontinuierlich zugenommen hat. Der derzeitige Betreuungsschlüssel zeigt, was dies bedeutet: Überfüllte Hörsäle und Seminare, hohen Durchfallquoten und Knock-out-Prüfungen. Der Status Quo wird zukünftig eher schlechter als besser: Die aufgelegten Rettungsmaßnahmen und Konjunkturpakete haben die Folgen der Wirtschaftskrise bisher bloß abgefedert, die eigentliche Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung steht noch bevor. Die Regierung hat sich durch die Steuerreform und die Verankerung der Schuldenbremse auf einen strikten Sparkurs festgelegt, der die öffentlichen Haushalte austrocknen wird.

Wenn wir uns nicht nur mit kosmetischen Veränderungen zufrieden geben wollen, sondern auch unter den Bedingungen der Krise finanzielle Verbesserungen erreichen wollen, müssen wir uns auf einen gesellschaftlichen Machtkampf vorbereiten. Nur eine Eskalation des Protestes unsererseits wird die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu unseren Gunsten verschieben.

Vom besetzen Hörsaal zum Besetzungstreik

Die Besetzungswelle an über 50 Hochschulen im Winter war ein Fortschritt zu den Protesten im Juni. Im besetzten Hörsaal bestand die Möglichkeit, über alternative Bildungsformen zu diskutieren, Veranstaltungen anzubieten und den Protest und seine Ausweitung vorzubereiten.

Da der normale Hochschulbetrieb nebenher weiterging, blieb es allerdings eine exklusive und individuelle Entscheidung an den Protesten teilzunehmen. Die aktivistische Minderheit schaffte es dadurch nicht die Proteste auszuweiten. Der Protest wurden von Vielen zwar als wichtig anerkannt, aber auch als zusätzliche Belastung neben Studium und Job wahrgenommen. Eine gute Illustration hierfür sind die wöchentlichen Vollversammlungen: Die VVen waren gut besucht, eine Mehrheit stimmte für die Besetzungen, jedoch kehrten die meisten danach in den Unialltag zurück.

Ein richtiger Besetzungstreik kann hierfür eine Lösung sein. Im Unterschied zur Hörsaalbesetzung werden bei einem Besetzungstreik alle Gebäude bestreikt, bis der komplette Lehrbetrieb mit Blockaden an den Eingängen bzw. mit fliegenden Streikposten lahmgelegt ist. Erst ein solcher Besetzungstreik ermöglicht es, Workload und Prüfungsstress auszuschalten, damit alle Studierenden aktiv an der Bewegung teilnehmen können.

Wir schlagen vor, mittelfristig auf einen Besetzungstreik hinzuarbeiten. Dieser wäre als nächste Stufe des Protests durchaus vermittelbar. Man hätte die Möglichkeit mehr Menschen zu integrieren und den Druck auf Unileitung und Politik deutlich zu erhöhen.

Der Beschluss eines Besetzungstreiks muss gut vorbereitet sein, weil er nur funktionieren kann, wenn die Mehrheit hinter ihm steht. Dafür ist auch wichtig, dass allen klar ist, wo und wie die Entscheidung zum Vollstreik bestätigt oder auch revidiert werden kann: Auf den Vollversammlungen. Von der heutigen Studigeneration, gibt es kaum noch Leute, die Besetzungstreiks miterlebt haben. Wir sollten uns mit „alten“ Aktiven auseinandersetzen und mit ihnen in einen Erfahrungsaustausch treten.

Das G8 Timing für den Besetzungstreik

In jeder Streikbewegung haben bis jetzt die Erst- und Zweitsemester eine herausragende Rolle gespielt. Die G8-Jahrgänge könnten hier die entscheidende politische Gelegenheit liefern.

2011 wird in die Geschichte eingehen, als das Jahr mit den meisten Abiturient_innen. Dann werden Bayern und Niedersachsen doppelte Abiturjahrgänge an die Hochschulen schicken. Ein Jahr später rücken Baden-Württemberg, Bremen, Brandenburg und Berlin nach. Der Höhepunkt wird 2013 erreicht (10% mehr Studis als 2008, Quelle: KMK), wenn aus NRW die doppelten Jahrgänge an die Hochschulen drängen.

Bereits im nächsten Wintersemester werden die ersten G8-Jahrgänge an die Hochschulen strömen. Das schafft in zweierlei Hinsicht gute Gelegenheiten für Protest. Hundertausende zusätzliche Studierende verschärfen die Zustände an den Hochschulen. Gleichzeitig erhöht sich die Anzahl der Erst- und Zweitsemester – und damit die Anzahl potentieller Streikaktivist_innen.

Mindestens ebenso wichtig ist aber, dass auch die Herrschenden sich darüber uneinig sein werden, ob die zusätzliche plötzliche Belastung auch zusätzlicher Maßnahmen bedarf. Eine solche mögliche „Spaltung der Eliten“ ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg einer sozialen Bewegung: Sie kann die Uneinigkeit ausnutzen und Zugeständnisse für die Studierenden erreichen. Diese Gelegenheit sollten wir nicht verpassen und uns mittelfristig und sorgfältig darauf vorbereiten.

Neue Bündnisse im Betrieb Hochschule

Die Einführung des Bologna-Systems ist Teil der fortschreitenden Ökonomisierung der Hochschule. Verwertbarkeit und Kostenersparnis zählt mehr als gute Lehre und fairer Lohn. Für Exzellenz-Cluster gibt es Geld, für Beschäftigte an den Hochschulen dagegen nicht.

Die Umstände an den Hochschulen, die in manchen Städten mittlerweile die größten Arbeitgeber sind, beschreibt die GEW: *„Befristete Arbeitsverträge sind mittlerweile für fast alle nichtprofessoralen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Regel geworden, die tatsächlich vier Fünftel der Forschungsarbeit und zwei Drittel der Lehre an Hochschulen leisten. Viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden auf Basis von Zwangsteilzeitverträgen –auf halben, Drittel- oder gar Viertelstellen –beschäftigt; unbezahlte Mehrarbeit wird gleichwohl stillschweigend erwartet.“* Selbst für die Professor_innen bedeutet der Bolognaprozess, dass Forschungsvorhaben dem Zwang zur Drittmittelinwerbung unterworfen werden.

Die allseitige Betroffenheit von Studierenden, nicht-wissenschaftlichem Personal, dem wissenschaftlichen Mittelbau und den Lehrenden kann neue Bündnisse möglich machen.

Wir sollten das Jahr 2010 nutzen, um sowohl auf lokaler, wie auf überregionaler Ebene zu diesem Zweck eine Vernetzung anzugehen. Vorstellbar wäre noch Ende dieses Semesters eine Einladung an Dozent_innen und Professor_innen auszusprechen, mit dem Ziel, nächstes Semester zu einer gemeinsamen Protestperspektive – an Stelle von bloßer Solidarisierung - zu kommen. Konkret könnte dies darin resultieren, dass diese bei bundesweiten Aktionstagen zu Semesterbeginn Streikaktivisten in ihr Seminar oder ihre Vorlesung einladen.

Erste konkrete Beispiele, von der mündlichen Solidarisierung zu gemeinsamer Protestarbeit überzugehen gibt es schon. In Berlin organisierte Ver.di den ersten Warnstreik des Berliner Studentenwerks. Die studentische Vollversammlung wurde in die Mensa verlegt, über 600 Studis setzten sich mit den Forderungen der Beschäftigten auseinander und trugen dazu bei, die Mensa an diesem Tag zu blockieren und Umsatzeinbußen von 20 000 Euro zu bewirken.

Landtagswahl in NRW – Referendum gegen Studiengebühren?

Bei den Landtagswahlen in Nordrhein Westfalen im Mai 2010 wird Hochschulpolitik ein entscheidendes Politikfeld sein. Ein Viertel aller in der Bundesrepublik immatrikulierten Studierenden lebt in NRW. Schon jetzt gibt es eine parlamentarische Opposition, die sich für die Abschaffung von Studiengebühren ausspricht.

In NRW kann die Wahl zu einer Volksabstimmung über Studiengebühren werden, wenn es gelingt, das Thema gesellschaftlich in den Vordergrund zu rücken. Dass dies praktisch funktionieren kann, haben wir in Hessen gesehen. Dort gelang es der Studierendenbewegung, das Thema Studiengebühren zum zentralen Aspekt des Wahlkampfes zu machen. Nachdem die CDU um Roland Koch die Wahlen erneut gewann – er also wieder eine *parlamentarische* Mehrheit von Studiengebührenbefürwortern hinter sich wissen konnte – blieb es trotzdem bei der Abschaffung. Denn Koch weiß, dass er keine *gesellschaftliche* Mehrheit hinter sich hat – und jeder Versuch Studiengebühren einzuführen, eine erneute Studierendenbewegung hervorbringen würde.

Ob es in NRW zu einer solchen Entwicklung kommt, hängt entscheidend von der Bildungstreikbewegung ab. Die Wahl in NRW ist von bundesweiter Bedeutung. NRW führt die vier bevölkerungsreichsten Bundesländer an, in denen noch immer Studiengebühren existieren. Wenn es uns gelingt, NRW aus dieser Reihe herauszubrechen, werden auch die anderen Bundesländer unter Druck geraten.

Gleichzeitig könnten wir nach Hessen und dem Saarland einen weiteren großen Erfolg erzielen und einen Domino-Effekt zur Abschaffung von Gebühren auslösen. Mit einer intensiven bundesweiten Kampagne im Vorfeld der Wahlen und einer unübersehbaren Großdemonstration gegen Studiengebühren am 8. Mai, dem Tag vor der Landtagswahl, kann die Bildungstreikbewegung die Wahlkampfagenda bestimmen und einen Beitrag dazu leisten, dass die Wahl in NRW ein ausstrahlungstarkes Referendum gegen Studiengebühren wird.

Streikagenda 2010

Das kommende Jahr eröffnet uns viele Möglichkeiten die Studierendenbewegung erneut ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu rücken. Den bevorstehenden Machtkampf können wir nur gewinnen, wenn wir bereit sind, den Protest zu eskalieren. Damit sind nicht brennende Barrikaden oder Straßenschlachten gemeint. Die größte Eskalation würde darin bestehen den Protest von dem Projekt einer engagierten Minderheit zu einer Bewegung aller Studierenden zu machen. Ein Besetzungstreik, der den kompletten Lehrbetrieb aussetzt, ist hierfür das einzige Mittel. Deswegen ist für uns ein solcher Streik das Ziel aller mittelfristigen strategischen Überlegungen.

Organisation in Bewegung

Die in diesem Papier beschriebenen strategischen Ziele sind kein exklusives Gut unseres Studierendenverbandes. Viele Bildungstreikaktivist_innen teilen einiges davon, die Perspektiven sind selbst nur im Austausch mit ihnen entstanden. Gleichzeitig glauben wir, dass die hier präsentierten Überlegungen auch Ergebnis kollektiver sozialistischer Organisierung sind. Unsere Hochschulgruppen sind ein ständiger Ort der Debatte und Weiterentwicklung, die Bundeskongresse versuchen die Quintessenz der gesammelten Streikerfahrungen zu destillieren und für kommende Generationen zugänglich zu machen.

Ein sozialistischer Verband kann versuchen, Lernprozesse vergangener Streikgenerationen für heute fruchtbar zu machen. Als Studierendenverband wollen wir einen systematischen Austausch mit Streikaktivist_innen von 1968 und 1997/98 organisieren. Aus diesem Grund haben wir Referent_innen aus beiden Bewegungen zum Bundeskongress eingeladen.

Vom 8.-10. Januar findet der nächste Bundeskongress des Studierendenverbandes Linke.SDS in Bochum statt. Dieser Kongress wird ganz im Zeichen des Bildungsstreikes stehen. Wir laden alle Aktivst_innen des Bildungsstreiks dazu herzlich ein.

Streikagenda 2010: Den Protest eskalieren lassen?

Max Manzey (SDS.dieLinke HU Berlin)

Wie soll es nun weitergehen mit dem „Bildungsstreik“ im Jahr 2010? Wir haben schon einiges erreicht, unsere Proteste sind in der Öffentlichkeit angekommen und trafen fast überall auf Verständnis. Die Zugeständnisse die gemacht wurden reichen in vielerlei Hinsicht an die Grenzen dessen, was in unserer auf Leistung ausgelegten Gesellschaft möglich ist. Einen freien Zugang für alle an die Universitäten bzw. für den Master oder auch eine Demokratisierung an den Unis widerspricht dem Leistungsgedanken unserer Gesellschaft. Wir alle sind mehr oder weniger mit diesem Gedankengut aufgewachsen. Schon in der Schule muss man von Anfang an gute Noten schreiben, um aufs Gymnasium zu kommen, dann ging es um die Zulassung zur Hochschule und jetzt um einen Masterplatz oder einen Job. Alle die, die es jetzt bis zur Uni geschafft haben sind erst einmal Gewinner dieses Prozesses, bedeutet es doch, dass man einen Platz ergattert hat, den ein Anderer nicht bekommt und der von unserer Gesellschaft größtenteils finanziert wird. Aber es muss weiter gehen, der Leistungsdruck hört nicht auf.

Genau aus diesem Grund ist es so schwierig Studierende für diesen Protest zu gewinnen und sie von den Forderungen zu überzeugen. Die einen stecken so tief in der Studiumsfabrik, dass sie zum Protestieren und Reflektieren keine Zeit und kein Geld haben (Zeit=Geld) und die Anderen sind eigentlich ganz zufrieden mit dem Studium, waren auch schon mit der Schule zufrieden (außer das frühe Aufstehen) und finden unsere Leistungs- und Konsumgesellschaft auch ganz nett (außer zu Weihnacheten, da muss man so viele Geschenke kaufen). Sie haben kein Problem mit dem Druck, schreiben ganz gute Noten und es macht doch auch Spaß neue Dinge zu lernen. Außerdem ist das Leben ja nicht nur Spaß und Freizeit. Man muss sich halt manchmal richtig reinhängen und was ertragen. Dabei merken sie nicht, dass es das ganze Leben so geht und sie nicht mehr rauskommen aus diesem Strudel. Wer drinsteckt im System und funktioniert kommt da so schnell nicht mehr raus. Die Medien und die Politiker klopfen uns auf die Schultern und sagen, sie können das alles verstehen, aber bei der Besetzung und der aktiven Gestaltung in den Institutsgruppen engagieren sich nur eine Handvoll Studierender.

Sicherlich gibt und gab es in vielen Städten Besetzungen, es beteiligten sich einige Studis an den Demos, aber wenn man ehrlich ist sind es sehr wenige die sich engagieren, wenige die das alles gut finden und viele, die es gar nicht interessiert. Das Schönreden in den Medien hat uns sicherlich geholfen. Wir selber müssen aber kritischer mit den wirklichen Zuständen in der Protestbewegung umgehen. Wo waren die vollen Plena bei der Besetzung? Und sich darüber zu freuen, dass von 30.000 Studierenden 400 an einer Vollversammlung teilnehmen ist zumindestens merkwürdig.

Wie soll es also funktionieren einen Massenprotest zu erzeugen, der sich in einer Unibesetzung und einer totalen Blockade widerspiegelt? Erst einmal wohl gar nicht. Die vorigen Studierendenbewegungen hatten einen klaren Vorteil: Sie hatten zum Einen einen konkreteren Grund (wie z.B. die Einführung von Studiengebühren) und zum Anderen entstanden sie spontaner, wütender und spannender. Die Gelegenheit zur Eskalation war auch diesmal im November da, genutzt wurde sie nicht, versucht haben wir es schon...

Die jetzigen Proteste sind organisierter es herrschen klarere Strukturen und Hierarchien. So entfacht man keinen Massenprotest in dem sich jede_r als Teil des ganzen fühlt und man innerhalb von sehr kurzer Zeit (wenige Tage) tausende auf die Straßen bringt. Wer im System drin steckt und sich da vordergründig wohlfühlt erreicht man so nicht.

Aber (!) diese Strukturen bringen auch große Vorteile mit sich und vielleicht ist es in unserer heutigen Informationsgesellschaft auch schwer möglich Bildungsproteste ohne starke Organisation zu gestalten. Wie kann es also weitergehen?

Zunächst müssen wir unsere Kapazitäten nutzen, um das System zu reformieren und unsere Erfolge auch umzusetzen. Institutsgruppen und eine Bildungstreikliste im Stupa sind darum besonders wichtig. Es muss erst einmal darum gehen die Proteste zu verstätigen und wirklich etwas zum

Besseren zu verändern, auch wenn es erst einmal nur kleine Schritte sind. Die Studienordnungen müssen überarbeitet werden und Anwesenheitslisten müssen abgeschafft werden. Gremienarbeit bindet viele Kräfte, ist gerade jetzt jedoch sehr wichtig, wenn wir kurzfristig wirklich etwas verändern wollen. Der Angst vor einem „Totarbeiten“ in den Gremien setze ich die Angst vor einem „Totrevolutionieren“ bei einer nicht eskalierbaren Lage entgegen. Diese Arbeit muss mit viel Kommunikation und Abstimmung mit der „Basis“ erfolgen und darf nicht durch einige „Gremien“-Studis abgeschottet von der Öffentlichkeit passieren. Das Gleiche gilt für die Bologna-Gipfel. Wir streiten für mehr Demokratie an den Hochschulen! Wir müssen aber die Möglichkeiten die wir schon haben auch nutzen. So kann man bei der Überarbeitung der Studienordnungen eine Reduzierung des workloads schaffen, um den Studis Zeit zu geben sich an den Protesten zu beteiligen. Sicherlich ist es von Vorteil sich mit ehemaligen Studis aus früheren Bewegungen auszutauschen. Genauso hilfreich ist es jetzt das Bildungssystem zu verstehen, um den strukturellen Vorteil der Profs etc in den Gremien zu unterbinden. Es muss ein Lernprozess stattfinden, um mitreden zu können.

Man darf natürlich nicht das große Ziel aus den Augen verlieren. Das Bildungssystem braucht mehr Geld. Dafür muss mobilisiert werden zu Demos und Veranstaltungen. Dafür muss mit den Schülern, Erziehern, Profs, Lehrern und Mitarbeitern an den Bildungseinrichtungen zusammengearbeitet und zusammenprotestiert werden. Das umkrepeln der Leistungsgesellschaft ist notwendig, darauf hinzuarbeiten auch. Es ist ein gesellschaftlicher Prozess, in dem auch die Unis eine wichtige Rolle spielen. Solange jedoch nicht die Mehrheit der Studierenden überzeugt ist, gibt es auch nichts was man eskalieren lassen kann. Die Überzeugungsarbeit und Mobilisierung geht weiter.

Das Jahr 2010 steht vor allem im Zeichen der Reformation. Die Revolution muss warten. Vielleicht kommt sie doch, jedoch sicherlich nicht von oben herab geplant, sondern durch einen spontanen Ausbruch, der durch die dezentralen Strukturen des Bildungstreiks unterstützt werden kann.

Eskalation oder Isolation?

Anmerkungen zum Artikel „Brei statt eng“ von Steffi Graf, Frederike Benda, Ben Stotz und Oskar Stolz, insbesondere zur Forderung eines Besetzungstreiks.

Von Dominik Düber

Die beiden Bildungsstreiks im Juni und November 2009 sind ohne Frage die erfolgreichsten Proteste gegen ein sich stetig verschlechterndes Bildungssystem seit einigen Jahren. Selbst gegenüber den beiden vorausgegangenen großen Protestbewegungen, dem Lucky Streik 1997 und UNiMUT 1988 weisen sie einige Vorzüge aus: Sie wurden von langer Hand von einem breiten Bündnis geplant und entstanden nicht aus spontanem Unmut. Ihnen gelang die breite Einbindung von SchülerInnen. Sie erhoben nicht nur ständische Forderungen, sondern kritisierten grundsätzlich das vorherrschende Bildungsverständnis. Und sie fanden Antworten auf die Frage, wie Protest unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann.¹

Vereinbarkeit von Studium und Protest

Gerade dieser letzte Punkt wird in *Breit statt eng* ausgespart. Die AutorInnen benennen richtigerweise die langfristige Planung und die geschickte Vernetzung von bundesweitem und dezentralem Protest als Gründe des Erfolgs. Als weitere Gründe kommen aber mindestens noch hinzu, dass mittlerweile niemand mehr vollständig leugnen kann, dass die Hochschulreform der letzten Jahre sich als dysfunktional, selbst in ihrem eigenen Paradigma (Berufsbefähigung, Internationalisierung etc.), herausgestellt hat. Man findet niemanden mehr, der für ihre Einführung verantwortlich sein will. SchülerInnen und Studierende haben also ein breit geteiltes Anliegen artikuliert. Hierin dürfte eine Ursache für einen zweiten Erfolgsgrund liegen. Wie schon der Lucky Streik erfreute sich der Bildungsstreik insgesamt einer sehr positiven medialen Berichterstattung, die spürbar dazu beitrug, die Bildungspolitik und Hochschulrektoren unter Druck zu setzen, ohne dass dafür eine noch nie gesehene Anzahl an Aktiven erforderlich gewesen wäre.

Ein dritter, von Graf et al. nicht diskutierter, aber doch ganz entscheidender Erfolgsgrund, dürfte die pragmatische Protestform (bei teilweise durchaus weitgehenden Inhalten) gewesen sein. Verlor der Lucky Streik gerade dann deutlich an Kraft und Beteiligung, als für die Aktiven der „Verlust“ eines Semesters drohte, hat der Bildungsstreik diese Problematik geschickt umgangen. Er wurde, zumindest zunächst, zeitlich befristet und ermöglichte damit auch jenen die Beteiligung, die in der gegenwärtig angespannten gesellschaftlichen Situation Angst haben, Zeit zu verlieren oder sich dies finanziell ohnehin nicht leisten können. Kurz gesagt: Man konnte mal eine Woche protestieren und dann weiter studieren. Neben der zeitlichen trug auch die räumliche Beschränkung zum Erfolg bei: Es wurde nicht der Versuch unternommen, ganze Fakultäten oder Universitäten zu besetzen, sondern lediglich einzelne Hörsäle zwar für jeden sichtbar besetzt, ohne aber den Uni-Betrieb als Ganzes zum Erliegen zu bringen. Dies ist nicht deshalb ein Erfolg, weil damit die Auseinandersetzungen mit Hochschulleitungen und ggf. Polizei geringer gehalten wurden, sondern weil lähmende Auseinandersetzungen zwischen Studierenden vermieden wurden.

Besetzungstreik: Eher Isolation als Eskalation

Schaut man sich die Besetzungstreiks der Vergangenheit an, hatten diese in der Regel zwei große Probleme: Man setzt nicht, wie im Unternehmen, in erster Linie eineN ArbeitgeberIn unter Druck, sondern vor allem (zumindest in deren Wahrnehmung) jene Studierende, die zügig studieren wollen oder müssen. Dies führte zu heftigen Streitigkeiten unter den Studierenden (bis zu Studierenden, die selber die Polizei riefen, um in ihren Hörsaal zu kommen oder studentischen Initiativen wie www.studieren-jetzt.de), die es den ProtestgegnerInnen leicht machte, die Legitimität der Besetzungen in Frage zu stellen. Das zweite Problem ergab sich aus diesen Auseinandersetzungen und der zeitlichen Unbefristetheit: Die Beteiligung wurde immer geringer und irgendwann ging die

¹ Vgl. Klemens Himpele: Vom Bildungsstreik zur Bewegung? In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2009, S. 11-15, hier: S. 14.

Besetzung sang- und klanglos unter.

Graf et al. stellen richtig fest: Viele Studierende haben sich im Bildungsstreik punktuell beteiligt, ohne ihren Uni-Alltag generell ruhen zu lassen. Ein Besetzungstreik, der diese nun dazu zwingt, ihren Uni-Alltag ruhen zu lassen, wird aber vermutlich eher deren Widerstand als deren Zustimmung nach sich ziehen. Weiterhin fordern Graf et al.: „Der Beschluß eines Besetzungstreiks muß gut vorbereitet sein, weil er nur funktionieren kann, wenn die Mehrheit der Studierenden hinter ihm steht“. Selbst wenn man optimistisch ist, dürften sich am Bildungsstreik aktiv an den erfolgreichen Hochschulen vielleicht 2%, an den weniger erfolgreichen vielleicht eher 0,25% der Studierenden beteiligt haben. Es ist also nicht absehbar, dass dies in Zukunft eine Mehrheit tun wird.

Wer also tatsächlich die Protestform des Besetzungstreiks wieder aufleben lassen will, sollte nicht so tun, als sei dieser so einfach zum Erfolg zu führen. Auch Vollversammlungen werden in der Regel nur von einer Minderheit der Studierenden besucht und garantieren mitnichten eine mehrheitliche Unterstützung, geschweige denn eine inhaltliche Hegemonie. Will man den Besetzungstreik dennoch, muss man jenen, die ihn, häufig erstmals, durchführen sollen, auch sagen, worauf sie sich einlassen: heftige Auseinandersetzungen, gerade auch mit den Studierenden, die mit dem Verlust eines Semesters existenzielle Ängste, die durchaus eine materielle Grundlage haben können, verbinden.

Neben einer Eskalation könnte die Folge also ebenso in einer Frustration und Minimierung der Aktiven einerseits, sowie in einer Isolation von denjenigen, die sich aus Angst, Leistungsdruck und finanziellen Problemen nur punktuell engagieren wollen andererseits sein.

Aufgaben des SDS

Der SDS täte entsprechend gut daran, nicht einfach alte Protestformen (die schon unter damaligen Bedingungen große Probleme hatten) wieder zu beleben, sondern sich selbst der Herausforderung zu stellen, in veränderten Rahmenbedingungen angemessene Strategien zu finden.² Mit einer angemessenen Analyse könnte er dabei von den Erfahrungen des Bildungsstreiks lernen.

Allerdings sollte der SDS auch nicht übersehen, dass selbst die hervorragendste Strategie den Bildungsstreik nicht dauerhaft am Leben erhalten können wird. Proteste im Bildungssystem waren immer zyklisch und werden kaum dauerhaft sein können. Es wäre (zwar positiv aber) eher überraschend, sollte der Bildungsstreik 2011 noch wahrnehmbar existieren. Aufgabe eines Verbandes wie des SDS wäre also nicht nur, sich Gedanken über die Zukunft des Bildungsstreiks zu machen, sondern auch eine eigenständige Perspektive zu entwickeln, die kaum nur darin bestehen kann, in der jeweils aktuell hoffnungsvollsten Bewegung aufzugehen. Als Verband trägt er auch die Verantwortung dafür, gerade dann für Kontinuität zu sorgen, wenn keine hoffnungsvolle und erfolgreiche Bewegung zu sehen ist.

Dominik Düber ist Mitglied im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und war 2007 Mitglied in der Bundeskoordinierung zur Gründung des Linke.SDS.

Manfred Sohn (MdL, Fraktionsvorsitzende Die Linke Niedersachsen)

Zunächst und vor allem möchte ich Euch sehr herzlich gratulieren zu dem Artikel "Breit statt eng" in der gestrigen "jungen welt". Ich finde - zugegeben, als Außenstehender - die Beschreibung und Analyse der Situation treffend und halte die vorgeschlagene Eskalation für die richtige Strategie, mit der Situation am Anfang dieses Jahres umzugehen.

² Vgl. Dominik Düber u.a.: Es ist 2007 und nicht mehr 1968. Neue gesellschaftliche Realitäten erfordern neue (hochschul-)politische Strategien, in: Sozialismus 5/2007, S. 15-18.

Ich habe eine Anmerkung, die sich auf das Stichwort "Besetzungstreik" und Euren Rückgriff auf die Streikaktivitäten von 1968 und 1997/98 bezieht. Um mit letzterem und damit meinem einzigen "kritischen Hinweis" anzufangen: Zwischen den genannten Daten gab es 1978 den m.E. ersten bundesweit organisierten Hochschulstreik in der (west)deutschen Geschichte. Der Streik dauerte eine Woche und legte tatsächlich damals die Hochschulen fast komplett lahm - kommentiert von der FAZ auf S. 1 mit "Der Streik, der keiner ist". Der Hinweis erfolgt nicht, weil ich als jemand, der damals örtlich (in Göttingen) an der Organisation dieses Streiks beteiligt war, durch die Nichterwähnung beleidigt wäre, sondern aus einem anderen Grunde. Dieser Streik hatte, m.E. mehr als die Aktivitäten von 1968 und 1997/98 viele Parallelen zu dem, was Ihr plant. Zum einen ging es auch damals - anders als 1968 - weniger um "große Politik", sondern um die Studienbedingungen, die sich damals durch das HRG massiv verschlechterten. Zum zweiten brach dieser Streik - anders als 1997/98 - nicht organisiert los, sondern war rund ein halbes vorher sorgfältig durch die damaligen Studentenorganisationen (gegendert waren die noch nicht) SHB (Sozialistischer Hochschulbund - linker Juso-Flügel) und MSB Spartakus vorbereitet. Vor allem aber - und dieser Hinweis ist mein Hauptanliegen - hat diese Streikbewegung die Besetzung mit einer Alternative verbunden. Parallel zu allen gesprengten Lehrveranstaltungen haben wir Veranstaltungen angeboten, die mit einem eigenen Vorlesungsverzeichnis als "Demokratische Gegenhochschule" zusammengefaßt wurden. Daran haben sich in für uns damals erstaunlich hohem Maße auch die "Mittelbauern", also wissenschaftliche AssistentInnen beteiligt. Die Veranstaltungen wurden im Sinne einer Art "offene Volkshochschule" auch breit in den jeweiligen Hochschulstandorten über den Bereich der Hochschulen hinaus beworben - also in Schulen, Großbetrieben, Freizeitheimen etc. Dies wäre m.E. ein wichtiger Baustein, um die von Euch angepeilte Bündnisbreite einer solchen Besetzungstreikbewegung zu erreichen.

Ich wünsche Euch alle Kraft und Kampfeslust der Welt für die Auseinandersetzungen 2010!

Streikagenda 2010 – Kritik, Probleme, offene Fragen

Jan Loheit (dieLinke.SDS Potsdam)

1. Die Probleme für uns und die soziale Bewegung Bildungsstreik bestehen doch weder darin, dass für Protest keine Zeit wäre, noch ist das Desinteresse vieler Studierender, auf hochschulpolitischem Feld etwas zu bewegen, mit ihrer schönen Perspektive des Kurzzeitstudiums zu erklären. Es ist doch ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass die Menschen überhaupt nicht mehr den Anspruch stellen, durch Beteiligung an der gesellschaftlichen bzw. hochschulpolitischen Realitätskontrolle ihre Lebens- und Studienlage und damit ihre Lebens-, Erlebens- und Studienmöglichkeiten zu entwickeln; sie kehren vielmehr der gesellschaftlichen Produktion, der Universität als Lebensraum den Rücken, betrachten sie nur noch als Mittel zum Zweck der materiellen Ermöglichung des „eigentlichen“ Lebens im Privatbereich – nicht durch Bildung, sondern AUSBILDUNG - und konzentrieren all ihre Lebensenergie auf ein Daseinsgebiet, in welchem das Interesse an der Umgestaltung in Richtung auf bessere Lebens- und Studienbedingungen erstickt wird. Für uns ist doch die Frage, wie wir diese Leute, die vielleicht sogar kurzzeitig auf der Protestwelle mitgeschwommen sind, politisieren und möglicherweise für ein langfristiges linkspolitisches Engagement gewinnen können, damit sie nicht im „staatsbürgerlichen Privatismus“ (Habermas) verblöden. Kurz: Wie kann SDS.DieLinke, selbst nur eine kleinste Kraft in der Bildungsstreikbewegung, hegemoniefähig werden? Wie kann er Streikende, Sympathisierende und Resignierende für sich gewinnen? Die Agenda problematisiert in ihrer jetzigen Gestalt viel zu wenig, dass der SDS innerhalb der Streikbewegung eine nur marginale Rolle spielt. Eine weitere Frage ist also: Wie können wir uns mit den verschiedenen Gruppen der Bewegung bestmöglich vernetzen oder diese für uns gewinnen? Und wie lassen sich andere gesellschaftliche außeruniversitäre Gruppen besser in den Streik einbinden?
2. Ich habe den Eindruck, dass es uns an substanziellen Analysen der konkreten Situation mangelt (die sich auch um 1. kümmern). Wie kann also der Streik analytisch - d.h. auch empirisch ermittelnd - aufgearbeitet werden? Meines Wissens liegen außerdem nur wenig gute kapitalismuskritische Analysen des neoliberalen Hochschulbetriebs vor. Ich glaube, wir brauchen eine neue Kultur des wissenschaftlichen Arguments, die über den kleinen Kreis des SDS hinaus Verbreitung findet. Wie kann ein wissenschaftlich-kooperatives Netz zur Erarbeitung linker Theorie geknüpft werden, die zum Beispiel die kleinen Kapital-Lesekreise für ein wissenschaftliches Projekt konkreter Analysen zusammenführt? Gibt es dafür Konzepte?
3. Ich halte die Forderung, den Besetzungstreik auf alle Universitätsgebäude auszuweiten, nicht für realitätstüchtig. Muss die Verallgemeinerung des Protestes nicht vielmehr über die Politisierung der Lehrkräfte laufen? Wie steht es da um die politisch-gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse an den Unis (auch die VV repräsentierten ja bisher, so wie ich das überblicke, einen kleineren Teil der Studierendenschaft, Lehrkräfte habe ich kaum gesehen)? Wie groß ist das Konfliktpotenzial? Auch das alles muss doch analytisch aufgearbeitet werden, um handlungsfähig zu werden.

Klemens Himpele (Wien)

Was hat der Streik bisher gebracht? Nun, er hat Themen aufgegriffen, Diskussionsformen verändert und er hat politisiert. Er hat vor allem dazu geführt, dass die Punkte, die auch aus Sicht der konservativen dysfunktional sind (etwa: Prüfungsrhythmen, Überlastung...) ernsthaft zur Diskussion gestellt werden. Und er hat Sympathien für die Anliegen der SchülerInnen und Studierenden geweckt. Der Erfolg der Proteste lässt sich m.E. in einigen Punkten beschreiben (dazu kennt Ihr ja auch meinen Blätter-Artikel aus dem Sommer, nehme ich an: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=3143> sowie die Beiträge in der ABS-Zeitung und der read.me):

1. Zeitliche Befristung: Die ermöglicht die Teilnahme über den Kreis der "üblichen Verdächtigen" hinaus
2. Langfristige Planung!
3. Unterstützung der GEW (Keller statt Köhler) und der Linkspartei als parlamentarischer Kraft sowie teilweise der Grünen und der SPD (gegen die die Proteste seinerzeit hauptsächlich gingen).
4. Ein besserer "Zeitgeist" als bei den letzten Protesten (2002 musste man sich in den Medien anhören, die fünfte Kolonne Stoibers zu sein, wenn man die SPOD kritisiert hat...)

Der Protest hat aber auch vieles nicht geschafft (wie auch seine Vorgänger):

1. Dauerhafte Mobilisierung und damit Begründung einer sozialen Bewegung.
2. Paradigmenwechsel der Hochschulpolitik (und/oder der Politik darüber hinaus)
3. Setzen von Themen, wirkliches Eingreifen in die Debatte.

Die Frage, die sich nun stellt, ist: Wie weiter. Euer Papier hinterlässt bei mir dabei den Eindruck, dass, je schwächer die Bewegung, desto radikaler gefordert wird. Es gab ja schon öfter Unibesetzungen, die haben aber nie lange vorgehalten. Man kann dies machen, um Aufmerksamkeit zu bekommen und den Studierenden Freiräume für Proteste zu verschaffen. Das ist aber extrem kraftaufwendig (und auch teuer btw.) und führt zu diversen Auseinandersetzungen in der Studierendenschaft. Es ist daher zu überlegen, ob das angesichts der realen Bedingungen ein gangbarer Weg ist und ob man stark genug dafür ist... Seinerzeit hat man versucht, über Rollkommandos die Studierenden zu erreichen, und teilweise klappt das auch. Nachhaltige Effekte wurden leider nicht erzielt.

Bleibt die Frage, wie man die Studierenden politisiert. Eine einfache Antwort habe ich natürlich nicht. Aber: Mir scheint, dass die Stärken der Proteste (Befristung, Konzentration auf große Hörsäle usw.) aufgegeben werden sollen... Ich glaube, es geht aber eben auch darum, die Diskurs stärker zu bestimmen. Und hier fehlt es den Studierenden m.E. gewaltig. Wo ist die Agenda der Streikenden? Natürlich, die Streikenden wollen die Bildungsprozesse entschleunigen, nicht ständig im Wettbewerb um die besten Noten (zwecks Übergang in den Master) stehen und sie wollen ein Recht auf Bildung anstelle einer sich verschärfenden sozialen Selektion. Das ist zweifelsohne alles richtig und wichtig. Es reicht jedoch nicht, um auf dem eröffneten Feld zu bestehen. Vielmehr gölte es, die bevorstehende Reform der Bolognareform aktiv zu nutzen. Es müsste eine Praxisbegriff entwickelt

werden, der einerseits der verkürzten ›Employability‹ entgegensteht, andererseits aber den Ansprüchen praxisnäherer Schichten entgegenkommt. Es müsste eine Debatte geführt werden, wie die Versäulung von beruflicher und akademischer Bildung überwunden und tatsächliche Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen hergestellt werden kann. Und es ist zu diskutieren, wie man den Hochschulzugang selbst und den Übergang in den Master geöffnet bekommt. Dies heißt auch: Es muss von studentischer Seite zu einer Abkehr vom elitären Bildungsverständnis kommen, nachdem nur ein Abitur eine ›richtige‹ Hochschulzugangsberechtigung ist – und man wird sich mit dem Gedanken anfreunden müssen, dass der Hochschulraum ein anderer sein wird, wenn tatsächlich Gelernte mit einer erheblichen Berufserfahrung in größerer Zahl an die Hochschulen kommen. Was heißt das aber dann für Bildung, Praxisnähe und wissenschaftliche Unabhängigkeit? Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung von Gender-Aspekten – die derzeitige Datenlage erlaubt den Schluss, dass sich Frauen erheblich öfter mit dem Bachelor ›begnügen‹ (müssen) als Männer – und einer stärkeren Beteiligung der Lernenden an den Lernformen sind zu entwickeln. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Das ist viel verlangt, keine Frage. In Wien bereitet man sich jetzt auf einen Gegengipfel zum MinisterInnentreffen vor. Das ist gut (und reichlich spät, aber vielleicht noch nicht zu spät). Gleichzeitig ist zu überlegen, wie man die Studierenden in die Prozesse einbindet. Und wie man das Mobilisierungspotential ausweitet. Es ist eine Mammutaufgabe, die da ansteht. Es rächt sich m.E., dass die Linke.SDS zu wenig konzeptionell gearbeitet hat. Das kann man aber noch immer tun. Wie radikalisiert man? Sicher nicht durch reine Beschlüsse.

Kurzum: Ich finde, dass alle, die am Bildungsstreik beteiligt waren und sind - also nicht zuletzt die Linke.SDS - gute Arbeit gemacht haben. Ich finde aber auch, dass die fehlende konzeptionelle Arbeit der vergangenen Jahre (nicht nur bei Linke.SDS) dazu führen, dass das eröffnete Spielfeld nicht bespielt werden kann. Das ist schade.

Wie weiter mit dem Bildungsstreik?

Anregungen Linke. SDS Duisburg/Essen

Aktivieren und Vernetzen!

Die strategische Ausrichtung des Bildungsstreikes muss wie beschrieben ein breites Bündnis hervorrufen und fördern. Dies muss dezentral, wie auch zentral geschehen. Die Bildungsstreikgruppen der jeweiligen Hochschulen streiten zunächst einmal mit ihrer eigenen Universität. Hier könnte man die Zeit zwischen den Aktionswochen dazu nutzen, die eigene Hochschullandschaft zu analysieren. Wie viel Lehrende kommen auf Studierende? Wie ist die Verwaltung aufgebaut? Wie werden die Gelder an die jeweiligen Fachbereiche verteilt? Wie viel Masterplätze etc. gibt es? Die Hochschulleitung kann so durch die spezifisch betreffenden Forderungen fest genagelt werden, und der Druck in der lokalen Öffentlichkeit steigt immens. Die Gruppen sollten ebenfalls Verbündete suchen, und den Protest dadurch auf ihr Umfeld ausweiten. Durch spezifische Forderungen an die Hochschulleitung lassen sich nach unserer Erfahrung auch viele Studierende hinzu aktivieren.

In der zentralen Planung muss stärker deutlich gemacht werden, dass es sich um einen Bildungsstreik handelt, und nicht bloß um einen Studentenprotest. Medial werden nur die miserablen Verhältnisse an den Hochschulen angeprangert, die Misere im ganzen Bildungssystem bleibt aber größtenteils unaufgedeckt. Wir müssen uns hier die Frage stellen, in wie weit wir bis jetzt Schülerinnen und Schüler, sowie Lehrende mit einbezogen haben, und auch diese eine Stimme bekommen haben. Die Stimme der Studierenden erklingt viel lauter, als die der Anderen. Um eine breite Bewegung zu schaffen muss die Aufgabe der nächsten Zeit sein, die Vernetzung mit anderen Bereichen in der Bildung, vor allem SchülerInnen, aber auch Auszubildenden zu stärken. Aufgrund der stark reproduzierenden und restriktiven Strukturen der Schulen, wird eine Vernetzung mit kritischen Lehrerverbänden, sowie Gewerkschaften notwendig sein, um den Protest auf diesen Bereich weiter auszuweiten. Das Interesse in der Gesellschaft wird dadurch steigen, da der Bildungsbereich der Schule auf große gesellschaftliche Betroffenheit stößt, deutlich höher als im Bereich der Universitäten. Medial haben wir eine starke Präsenz, diese müssen wir nutzen, um den Bildungsstreik auf Bildung im Allgemeinen zu fokussieren.

Analysieren und Alternativen anbieten!

Außerdem wird neben der strategischen, auch die inhaltliche Ausrichtung der Bewegung gestärkt werden müssen. Es wird für eine nachhaltige Bewegung auf Dauer nicht ausreichen, Forderungen aufzustellen, die nur zum alten System der Hochschule zurück wollen. Wir müssen versuchen in der Öffentlichkeit einen Diskurs anzuregen, in dem das jetzige Bildungssystem in Frage gestellt wird. Dazu wird es nötig sein, zunächst einmal die Analyse des jetzigen Bildungssystems zu schärfen. Wie funktioniert das Bildungssystem in der kapitalistischen Produktionsweise, und in welchem Verhältnis steht es zu Wissen und Herrschaft. Wie werden Zugänge zu Wissen geschaffen und verschlossen? Warum und wie regulieren politische Akteure diese Zugänge zu „erwünschtem“ und „unerwünschtem“ Wissen? Dies sind nur

einige Fragen, die aufgezeigt werden müssen.

So kann im nächsten Schritt deutlich gemacht werden, welche Beiträge Studiengebühren, verschulte Bachelor- und Masterstudiengänge, sowie Disziplinierungen in Kopfnoten und Lehrpläne dazu tun, damit sich die Gesellschaft so reproduziert wie sie es soll, nämlich kapitalistisch. Dadurch könnte erreicht werden, dass ein Teil der kapitalistischen Bildungsmaschinerie in den öffentlichen Diskurs gelangt. Ebenfalls könnten wir als Studierendenverband einen großen Teil dazu beitragen, ein alternatives Bildungssystem herauszuarbeiten, dass nicht bloß zurück zur Hochschule vor Bologna will. Außerdem lassen sich so auch unsere Forderungen stärker untermauern.

Gesellschaftlich denken und argumentieren!

-

Es wird nicht ausreichen, die schwarz- gelbe Regierung als den Sündenbock für alles darzustellen. Neben der parlamentarischen Alternative, deren Prüfung noch bevorsteht, müssen vor allem die gesellschaftlichen Missstände aufgedeckt werden. Diese sind vor allem durch die kapitalistische Verwertungslogik gekennzeichnet, die Politik tut ihres dabei. Zunächst einmal kämpfen wir im Bereich der Bildung, und sind dort auch anzusiedeln, nachhaltig müssen wir aber andere gesellschaftliche Gruppen mit einbeziehen und auch unterstützen, so wie es zu Zeit schon teilweise getan wird. Als Studierendenverband haben wir anknüpfend an den vorherigen Punkt, gesellschaftliche Alternativen anzubieten, und zunächst zu analysieren wie der Verwertungsapparat der Bildung funktioniert. Wenn wir uns eine Uni mit kritischen Wissenschaften erkämpfen wollen, müssen wir auf dem Weg selbst unsere Kritik schärfen, und nach Außen tragen.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von deutscher und österr. Bildungsbewegung

Fanni, Julia & Ramin (AktivistInnen aus Österreich)

- Organisierung des Widerstands:

In Ö ist die Bewegung eher spontan entstanden, daher gab es kaum bestehende Strukturen zur Koordinierung, diese wurden erst im Zuge der Besetzung aufgebaut (wie bspw. österreichweite Vernetzungsplena oder diverse Vernetzungskanäle)

- Spontaneität des Widerstands:

Auch in Ö kein konkreter Auslöser, sondern jahrelang aufgeregter Frust

- Zugeständnisse der Politik

In Ö keine weitreichenden Zugeständnisse, aber bildungspolitische Debatte wurde zum ersten Mal seit Jahren wieder geführt; für weitere Zugeständnisse müsste mehr Druck erzeugt und organisierte Kontinuität geschaffen werden

Obwohl keine Zugeständnisse gemacht wurden und die Politik nicht direkt auf die Bewegung reagierte, war sie dennoch ratlos wie auf die Proteste zu reagieren wäre. Dies drückte sich z.B. auch durch die Ernennung des Wissenschaftsministers Hahn zum österr. EU-Kommissar in Brüssel aus, und seither noch immer kein Nachfolger bestimmt werden konnte.

- Gemeinsamer Kampf mit Lehrenden

Es gab Ansätze dazu (wie bspw. Lehrendenversammlungen, starke, verbale Solidarisierung von Lehrenden mit den Protesten), aber aktive Beteiligung hat sich v.a. externe Lehrende beschränkt, da diese direkt betroffen sind von Verschlechterungen (Thema prekäre Dienstverhältnisse war schon vor den Protesten präsent, ist aber in keinen organisierten Widerstand gemündet; erst in der Protestbewegung sind Lehrenden- und Forschendenversammlungen und ein Kollektiv externer Lehrender entstanden)

- Breite des Widerstandes

Immer noch nur eine Minderheit von Studierenden in den Protesten aktiv (aber die größte seit Jahrzehnten)

Nicht nur organisierte Hochschullinke, sondern viele neu politisierte Studierende
Starke Heterogenität an Meinungen/Einschätzungen und Perspektiven, da viele verschiedene Personen involviert waren

Immer wieder tut sich ein Spannungsfeld zwischen dezentralen Aktionen, Koordinierung und vermeintlicher Basisdemokratie auf (auch das Verhältnis zwischen Spontaneität und der Notwendigkeit daran mit Planung und Organisation anzuschließen). Die Debatten müssen hier noch intensiver geführt werden.

- In Ö stellt sich die Frage an der Beteiligung der gewählten Studierendenvertreter_innen (OHs auf jeder Ebene). Einschätzung: personell überlastet, politisch unglaubwürdig, auch weil strukturell geschwächt und sehen kaum Handlungsmöglichkeiten außerhalb der gewohnten Bahnen.

(Besetzungs-)Streik

- Stand der Besetzung/Frage von Streik: viele Hörsäle geräumt, Streik war während der Besetzung kaum ein Thema (eher Diskussion über die Voraussetzungen von Streik, hätte mehr in der Bewegung geführt werden müssen um Bewusstsein für die Wichtigkeit eines Streiks zu schaffen), Debatten um Besetzung und Streik waren eigentlich entkoppelt voneinander
- Streikperspektiven:
Frage von Streik kam zwar immer wieder auf (v.a. im Kontext von nächsten Radikalisierungsschritten (stark bei den Lehrendenversammlungen)), wurde meistens aber eher von einer kleinen Minderheit hineingetragen

2 Diskussionen um Voraussetzung und Möglichkeiten eines Streiks im März: Plan im

Jänner auf die Institute zu gehen um Streikfrage zu diskutieren (am 19.1. Institutsvollversammlungen um Diskussion über Bologna(-gipfel) und Streik im Zuge des Gipfels im März zu diskutieren) / Fragebogen zur Befragung aller Lehrenden zu Einschätzung von Streikpotential im März wurde erarbeitet
% Ziel und Charakter eines Streiks demnach noch nicht klar, Handlungsbedarf hingegen sehr wohl – welchen Beitrag hier mögliche Bündnispartner_innen leisten können wird sich im Verlauf der Planung zeigen.

Diskussion um Streik eher neu, kaum Erfahrungen, „learning by doing“ □

- Frage von „Besetzungstreik“: wurde in Ö noch nicht dezidiert diskutiert, Streikdiskussion ist im Moment eher eine „Mobilisierungsdiskussion“ für Gegengipfel (eher Ziel eines nach außen gerichteten Streiks)

Bolognagipfel im März

- Bolognagipfel als nächstes Ziel der Bewegung hat allgemeine Anerkennung gefunden
- 1. Vorbereitungstreffen im Dez: 80-90 Menschen
- 4 Planungsgruppen: 1) Streik/Institute; 2) Demo/ Blockade; 3) Gegengipfel; 4) Internationale/ Nationale Mobilisierung
- 2. Vorbereitungstreffen Anfang Jänner
- Gegengipfel (am Wochenende vom 13.-14.3.) mit Fokus auf Bildungskonzepte/-kritik/-alternativen geplant, internationale Beteiligung sehr wichtig (internationale Verbindungen ausnützen, Proteste bündeln, gemeinsame Perspektiven entwickeln) □ Workshops vom SDS !?
- Demo/Blockade: Am Donnerstag , 11.3., Demo und Blockade (weil Bolognafest in der Hofburg)

Von 11.3.-14.3. nach Wien fahren! Genauere Details/Infos kommen noch.

Ramin, Julia, Fanni

Anmerkungen zum Papier „Streikagenda 2010“

Volkhard Mosler (SDS-Mitglied von 1963-69)

Vorneweg: die von den Autoren des Papiers vorgeschlagene Aktionsperspektive von Besetzungstreiks halte ich für richtig und angemessen, auch wenn sie schwer umsetzbar sein wird. Die Zuspitzung der Krise im doppelten Sinn, nämlich der ökonomischen des Kapitalismus und - damit zusammenhängend – des Bildungs- und Ausbildungssystems erfordert eine kühne Antwort.

Hier nur kurz ein paar kritischen Anmerkungen zu dem Papier.

- Es fehlt eine Ableitung der Aktionen gegen BA/MA aus einer Kritik der kapitalistischen Bildungsökonomie. Wir müssen unseren Gegner und seine Handlungsperspektiven kennen, um selbst angemessen reagieren zu können. Horst Haenisch hat in seiner Broschüre „Hauptsache, eine Lehrstelle?“ die sozialdemokratische Bildungssillusion (dass eine bessere Bildung und Wissensvermittlung aller im Interesse des Kapitals liege) in Bezug auf die Berufsausbildung im Dualen System auf den Widerspruch hingewiesen, dass eine „Wissengesellschaft“ unter kapitalistischen Vorzeichen Hand in Hand mit Entqualifizierung und geistiger Enteignung geht. Marx weist im Ersten Band des „Kapitals“ auf diesen grundlegenden Widerspruch hin. Er spricht von der „Scheidung der geistigen Potenzen des Produktionsprozesses von der Handarbeit und die Verwandlung derselben in Mächte des Kapitals über die Arbeit“. Diese Form der Arbeitsteilung ist nicht irgendwann abgeschlossen, sie setzt sich in jeder Epoche der Kapitalakkumulation in neuen Varianten fort. Und sie hat immer eine ökonomische und eine politische (= herrschaftssichernde) Seite wie Marx betont: „Nicht nur werden so die zu seiner eigenen Reproduktion nötigen Kosten bedeutend verringert, sondern zugleich seine hilflose Abhängigkeit vom Fabrikanten, also vom Kapitalisten, vollendet.“ Wenn von der „Ökonomisierung“ des Bildungssystems die Rede ist, müsste dies auf die heutige Epoche der Akkumulation konkretisiert werden. Ich glaube nicht, dass die durch den Bologna-Prozess eingeleitete breite Entqualifizierung akademischer Berufe überhaupt erklärbar ist, wenn nicht die diesem Prozess zugrunde liegenden ökonomischen und politischen Kapitalinteressen analysiert werden. Eine solche Analyse muss zur Ausrüstung der Avantgarde der Studierendenbewegung gehören, denn nur so wird diese auch in der Lage sein, konkreten Antikapitalismus in die Bewegung herein zu tragen. Ihr sagt ganz richtig, dass Kapitalismuskritik nicht die Voraussetzung für die Teilnahme an den aktuellen Bildungstreikbündnissen sein darf. Völlig richtig! Aber die Avantgarde der Bewegung muss diesen Anspruch haben und einlösen!
- Die zweite, ebenso wichtige zu beantwortende Frage: Welche Auswirkungen hat die aktuelle Krise des Kapitalismus auf die Bildungsökonomie, auf die Berufschancen von Bachelor- und Masterabgängern. Ein Kampfpapier könnte sein: „Besser Masterstudium für alle als arbeitslos!“
- Die These von der Krise der traditionellen (lokal verankerten) universitären Linken müsste näher erläutert werden. Ich verstehe darunter in erster Linie ein Unverständnis großer Teile der Linken über die Bedingungen einer Politisierung der Studierendenbewegung. Vor allem der ungeheuren, gesellschaftlichen Sprengkraft eines gegen Prekarisierung und geistige Enteignung gerichteten Kampfes. Auch für diese Auseinandersetzung scheint mir eine Kritik der kapitalistischen Bildungsökonomie der Schlüssel. Der SDS müsste auch diskutieren, wie er nicht nur zentral sondern auch lokal zur praktischen Avantgarde werden kann. Denn darin bestand die Stärke des „alten“ SDS: die Verfügbarkeiten über einigermaßen geschulte Kader in vielen Universitäten der alten BRD und ihre Zentralisation in einem funktionierenden Bundesverband.
- Im Papier wird gesagt, dass eine Verbreitung der Bewegung „eine Vorbedingung für eine Radikalisierung der Proteste“ sei. Hier schneidet Ihr ein schwieriges Thema an. Ich verstehe Euer Motiv, halte diese Aussage aber für zu schematisch. Natürlich kann es keine

Radikalisierung ohne Verbreitung geben, sonst landet man bei der RAF, die ein warnendes Beispiel, ein sektiererisches Zerfallsprodukt der 68er Bewegung war. Aber die 68er Bewegung kennt auch positive Erfahrungen einer Verbreitung durch Radikalisierung des Protestes. (Zum Beispiel der Aufruf des SDS von 1967 zu einer Spendensammlung unter der Parole „Waffen für den Vietcong“) Ich glaube, dass die Frage von Breite und Radikalisierung in jeder Phase des Kampfes neu diskutiert werden muss und dass es hier keine allgemeingültigen Schemata geben kann. Leider! Denn das würde die Arbeit enorm erleichtern.

Volkhard Mosler (SDS-Mitglied von 1963-69)

Nach dem Bildungsstreik ist vor dem Bildungsstreik

Katharina Dahme (Linksjugend [solid] Brandenbur)

Einleitung

Der Jahreswechsel begann für einige Studierende im Audimax. Ein bewegtes 2009 ist zu Ende gegangen und mit ihm ein erfolgreiches Jahr im Hinblick auf den Bildungsstreik. Zeit für die Analyse: Was lief gut, was schlecht? Was waren Stärken des Bildungsstreiks und was muss man zukünftig anders oder besser machen? Was erwartet uns 2010 und wie können wir die verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen kanalisieren? Was kommt nach den Besetzungen und wie können die Forderungen der SchülerInnen mehr in den Vordergrund gerückt werden? Bei den folgenden Ausführungen handelt es sich um eine subjektive Einschätzung, die ich in Jugend- und Studierendenverband sowie ihren Umfeldern zur Diskussion stellen will. Gleichzeitig ist es auch eine Reaktion auf den Kommentar „Was wollt ihr?“ von Benedict Ugarte Chacón und die „Streikagenda 2010“ von Mitgliedern des Bundesvorstandes und Bundesgeschäftsführung des Linke.SDS.³

Stärken und Schwächen des Bildungsstreiks 2009

Grundlage für einen insgesamt erfolgreichen Bildungsstreik war die bundesweite Vernetzung und Planung, die frühzeitig begonnen wurde. Dadurch können schwache Strukturen durch andere sowohl organisatorisch wie finanziell unterstützt werden. Nur durch die bundesweite Koordination der Planungen konnte der Bildungsstreik derart erfolgreich werden, denkt man an die gleichzeitig stattfindenden Demonstrationen und Aktionstage, wie bspw. dem Banküberfall.

Dem Bildungsstreik ist es gelungen, ein bildungspolitisches Thema auf die Agenda zu setzen. Der Bologna-Prozess wird seit dem vergangenen Juni kontrovers diskutiert, Bachelor und Master in der öffentlichen Kritik nicht verschont. Niemand in den Medien oder in der Politik kann sich leisten, den BA/MA in seiner derzeitigen Form zu verteidigen. Auf die Ankündigungen, an dieser Stelle Veränderungen vornehmen zu wollen, können wir uns mitnichten verlassen. Aber wir können stolz sein, dass es uns gelungen ist, derart großen Druck aufzubauen, dass die Politik zu solchen Äußerungen gedrängt wurde. Dabei war gerade die Kritik an Bachelor und Master grundlegend für die Breite der Bildungsproteste, da sich so viele Studierende bei ihren Alltagsproblemen im Studium angesprochen fühlten.

Die Breite ist eine nicht zu unterschätzende Stärke des Bildungsstreiks. Geht sie verloren, verliert die ganze Bewegung an Ausstrahlung und Durchschlagskraft und wir hätten es einmal mehr mit einem elitären Protest einiger weniger Studierender zu tun. Der Wunsch nach mehr grundsätzlicher Kritik, Systemkritik gar, ist verständlich. Die Breite des Protests darf durch solche Versuche jedoch nicht riskiert werden. An der Breite hängen nicht zuletzt auch die Sympathien seitens der Mehrheit der Bevölkerung, die Auswirkung auf die zumeist positive Berichterstattung haben und andersrum. Beides – die grundsätzliche Kritik und möglichst breit getragene Forderungen – müssen aber auch nicht zwangsläufig im Widerspruch zueinander stehen. Es wird darauf ankommen, beides zu schaffen. Einerseits gegenüber den universitären Gremien Verbesserungen auf Grundlage der Forderungen durchzusetzen und andererseits die grundsätzliche Kritik formulieren zu können, wenn auch nicht in den Vordergrund zu stellen.

Angesichts der großen Beteiligung vor allem von SchülerInnen und Studierenden, ist es leider nicht ausreichend gelungen, den Druck auf der Straße (über 270.000 im Juni, über 85.000 im November) in Erfolge umzuwandeln. Zwar kann man die Politisierung von MitschülerInnen und

³ Zu finden auf den Seiten www.linksjugend-solid.de und www.linke-sds.de – viel Erfolg.

KommilitonInnen nicht messen und auch wurden an einigen Universitäten Verbesserungen wie z.B. die Abschaffung der Anwesenheitspflicht durchgesetzt, insgesamt aber hätte man mehr erreichen müssen und möglicherweise auch können. Mit Blick auf die kommenden Bildungstreiks müssen wir daher mehr über die konkrete Umsetzung von Forderungen nachdenken und wer die jeweiligen Adressaten dieser sind. Im Bildungsföderalismus gilt es da genau zu sein und auch in den Bildungseinrichtungen selbst kann man in Verhandlungen mehr erreichen, wenn man auch weiß, was überhaupt möglich ist. Dabei gebe ich den Stimmen recht, die davor warnen, sich in Gremien kaputtzuarbeiten. Hochschulpolitik ist nicht immer Vergnügen, aber unverzichtbar und kann zu einer notwendigen Politisierung von Studierenden sogar beitragen. Damit sich Studierende nicht in den Gremien verlieren ist eine Vernetzung und Organisierung notwendig – eine wichtige Aufgabe für den Studierendenverband. Der Grat ist schmal, aber begehbar. Letztlich gibt es aber keinen Masterplan. Man wird von Uni zu Uni entscheiden müssen, bis zu welchem Grad eine Einmischung in die Gremien sinnvoll und erfolgversprechend ist.

Nicht zuletzt muss überlegt werden, wie die SchülerInnen und ihre Probleme mehr Aufmerksamkeit sowohl seitens der Studierenden als auch durch Medien und Politik erhalten können. Das Problem liegt oft in der Praxis: Jede und jeder Studierende kann sich der Wichtigkeit der SchülerInnen noch so bewusst sein, wenn die organisatorischen Prozesse getrennt verlaufen. Dabei macht es durchaus Sinn, dass sich die Statusgruppen in ihrem Umfeld um Mobilisierung und politische Diskussionen kümmern. Bei den landes- und bundesweiten Planungstreffen und Arbeitsgruppen sollten allerdings mehr SchülerInnen eingebunden sein. So wäre gesichert, dass sie organisatorisch ebenso wie thematisch eine große Rolle in den Bildungsprotesten spielen. Bei den letzten Bildungstreiks ist dabei eine organisatorische Schwäche der SchülerInnen zum Ausdruck gekommen: Gegenüber den Studierenden sind die SchülerInnen, die die Proteste unterstützt haben, nur selten in den entsprechenden Gremien vertreten. So bestehen bspw. LandesschülerInnenräte häufig aus angepassten SchülerInnen, die ihren guten Draht zum Bildungsministerium nicht aufs Spiel setzen wollen und Streiks als Aktionsform ablehnen. Da diese Räte bei Bildungstreiks eine wichtige Rolle spielen können, sollte seitens der SchülerInnen überlegt werden, ob sie nicht ihre eigene „Aktion Übernahme“ starten wollen...

Von der Besetzung zum Besetzungstreik?

Im „heißen Herbst“ 2009 wurden Hörsäle und ähnliche Räumlichkeiten an über 70 deutschen Universitäten besetzt, dazu kamen alle größeren Universitäten Österreichs und weitere Besetzungen international. Einige Besetzungen halten bis heute an. Lang besetzte Hörsäle bieten Möglichkeiten, birgen aber auch Gefahren. So müssen die BesetzerInnen aufpassen, dass die Besetzung nicht zum Selbstzweck wird. Ihnen muss das Ziel dieser Besetzung bekannt und gegenüber anderen Studierenden klar formulierbar sein. Die längste und coolste Besetzung kann zum Hindernis werden, wenn andere Studierende sowie zum Teil auch Lehrende sie nicht verstehen oder sogar offen ablehnen. Deswegen ist ein regelmäßiger Beschluss über Weiterführung oder Beendigung der Besetzung unheimlich wichtig. Wird eine Besetzung durch die Unileitung weitestgehend geduldet oder kann keine der aufgestellten Forderungen umgesetzt werden, stellt sich schnell die Frage nach der nächsten Stufe auf der Eskalationsleiter. Zuletzt wurde die Idee eines Besetzungstreiks in die Debatte eingebracht. Bei einem Besetzungstreik werden statt des Hörsaals komplette Unigebäude blockiert, so dass der gesamte Lehrbetrieb still gelegt ist.

Die Idee des Besetzungstreiks versucht ein großes Problem der letzten Besetzungswelle aufzulösen. Der Zeitplan der Studierenden, die Bachelor und Master studieren, ist bereits ohne hochschulpolitisches Engagement zum Bersten gefüllt. Oft reicht es nur für aufmunternde Erklärungen der Solidarität, nicht aber für das Mittun in den Streiks über längeren Zeitraum. Am Ende sitzen einem doch die Prüfungen im Nacken und die Gefahr, ein Semester zu verlieren, ist für immer mehr Studis existenziell. Ein Besetzungstreik, der die Unileitung zwingt, Prüfungen

auszusetzen, wäre eine Antwort auf dieses Problem. Sofern es gelingt, diesen Druck zu erzeugen. Dies ist also die Bedingung für einen Besetzungstreik. Ein weiterer Vorteil: Ein Besetzungstreik kann nicht ignoriert werden. Für einen besetzten Hörsaal kann ein Ausweichort gefunden werden.⁴ Wenn jedoch das gesamte Gebäude blockiert ist, werden sowohl Studierende als auch Lehrende sich viel eher mit den streikenden Studierenden und ihren Forderungen auseinandersetzen. Die BesetzerInnen haben zudem hoffentlich Einiges zu sagen, immerhin gewinnt man bei einem Besetzungstreik enorm viel Zeit für Diskussionen...

Gleichzeitig ist der Besetzungstreik ein sehr riskantes Unterfangen. Wenn es nicht gelingt, einen großen Teil der Studierenden für diese Aktionsform zu mobilisieren, wird der Besetzungstreik scheitern. Oder wenn die Unileitung die Prüfungen nicht aussetzt und somit die Studierenden derart unter Druck stehen, dass sie sich womöglich gegen den Bildungstreik stellen... Dann kann viel Sympathie mit einem Schlag verspielt sein. Es ist fraglich, ob der Besetzungstreik gleich in mehreren Städten die Chance auf Erfolg hat. Gerade an den Hochschulen, wo die Beteiligung gut, aber nicht überwältigend war, hängt dieses Risiko an einigen Wenigen. Dementsprechend ist der Besetzungstreik aus meiner Sicht nicht die geeignetste Aktionsform für die nächste bundesweite Eskalationsstufe und stellt auch keinen Ausweg aus der Problematik der in den Medien vernachlässigten SchülerInnen dar. Es ist aber immerhin ein erster Vorschlag für das „Wie weiter?“, der womöglich eine spannende Option für die eine oder andere Uni darstellt. Die Diskussion ist eröffnet.

Das Krisenjahr 2010 – Soziale Kämpfe zusammenführen

Seit den Bundestagswahlen haben wir es mit einer Schwarz-Gelben Koalition auf Bundesebene zu tun. Die nächsten Reformprojekte sind die Steuererleichterungen für die Mittelschicht, die Gesundheitsreform mit Beginn des Jahres 2011 und eine Überarbeitung der Hartz-IV-Regelungen. So wird unter anderem auch eine Verschärfung der Sanktionen gegenüber Hartz-IV-EmpfängerInnen gefordert. Doch während die FDP auf eine baldige Umsetzung der Steuersenkungen drängt, will die CDU lieber noch warten, bis die Landtagswahlen am 09. Mai in Nordrhein-Westfalen vorüber sind. Schließlich steht die Mehrheit im Bundesrat auf dem Spiel und würde die Koalition jetzt Steuern senken, müssten sie schon offenlegen, an welcher Stelle sie sparen wollen...

Die Landtagswahl am 09. Mai in Nordrhein-Westfalen kann und muss daher Auftakt für laute Proteste sein. NRW als das Bundesland mit den meisten Studierenden gehört zu den Ländern, welches Studiengebühren erhebt. Die Bildungstreikenden haben die Chance, die Parteien im Vorfeld zum Schwitzen zu bringen und ihnen womöglich ein Bekenntnis gegen Studiengebühren abzurufen. Mit einer neuen politischen Konstellation gäbe es die Möglichkeit, nach dem Vorbild Hessens die Studiengebühren in NRW abzuschaffen. Die kürzlich erschienene Studie, wonach sich ein erheblicher Teil der AbiturientInnen aufgrund von Studiengebühren gegen ein Studium entscheidet,⁵ gibt Anregungen, wie man das vermeintliche Studi-Thema auch zu einem Thema der SchülerInnen machen kann.

Der Brückenschlag muss jedoch nicht nur Richtung SchülerInnen erfolgen. Zukünftig muss der Bildungstreik anschlussfähig werden auch für diejenigen jungen Menschen, die kein Abitur machen, geschweige denn eine Hochschullaufbahn einschlagen. Auszubildende haben unter der Krise verstärkt zu leiden, da die Aussichten auf Übernahme in den Betrieben geringer werden. Zwar

⁴ Die Unileitung in Potsdam war so geistreich, ein riesiges und natürlich beheiztes Zelt auf dem Unigelände aufstellen zu lassen. Kosten dafür geschätzte 1000€ am Tag! Bei den diesjährigen Wintertemperaturen half aber das Heizen nichts, da man bei 5 Grad keine Vorlesungen aushält. Das Geld wurde somit in den Wind geblasen und wäre wohl bei der Umsetzung einer studentischen Forderung besser angelegt gewesen...

⁵ Bericht über diese Studie, die Schavan noch nicht veröffentlichen möchte:
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,585099,00.html>

haben die Gewerkschaften den Bildungsstreik von Anfang an unterstützt, bisher gab es aber kaum Möglichkeiten für Azubis, sich zu beteiligen. Die Krisenproteste werden diese Unzufriedenheiten zu kanalisieren versuchen. Die Berufsschultouren der Gewerkschaftsjugend bieten eine Möglichkeit die bisherige Zusammenarbeit noch effektiver zu gestalten. So könnten Aktive aus dem Bildungsstreik daran teilnehmen, um Ziele und Forderungen mit Azubis auszutauschen und zu diskutieren. Ebenso müssen JAVen (Jugend- und Auszubildendenvertretung) kontaktiert werden. Auf die Frage, wie ein gemeinsamer Kampf aussehen kann, können nur gemeinsam Antworten gefunden werden.

Dem immer wieder geäußerten Anspruch, den Bildungsstreik mit anderen sozialen Kämpfen zusammenführen zu wollen, muss man im Jahr 2010 endlich gerecht werden. Die Herausforderung besteht darin, die „bildungsbürgerlich“ geprägten Bildungsproteste mit den Krisenprotesten der Erwerbslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden zusammenzuführen. Das ist bisher nicht oder zumindest noch zu wenig gelungen. Wenn das gelingt, dann haben wir ohne ein „höher, schneller, weiter“ eine neue Eskalationsstufe erreicht. Der Bildungsstreik ist schon breit aufgestellt – aber es geht eben immer noch breiter...

Zur Streikagenda 2010

Thomas Sablowski (Goethe Universität Frankfurt am Main)

Ich stimme der Analyse von Friederike Benda, Steffi Graf, Oskar Stolz und Ben Stotz zum Bildungsstreik und ihren Vorschlägen und Forderungen weitgehend zu. An einigen Punkten sind sie allerdings zu optimistisch. So stimmt es nicht, dass dank der Proteste niemand mehr die Bachelor- und Masterstudiengänge verteidigt. Unter den ProfessorInnen gibt es zwar viele Kritiker der neuen Studiengänge, aber auch viele Befürworter. Die bisherigen Zugeständnisse der Regierungen sind geringfügig und zielen darauf, von den wichtigsten Punkten wie z.B. der Verschärfung der sozialen Selektion durch Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen für die Bachelor- und Masterstudiengänge abzulenken und die Kernpunkte der autoritär-neoliberalen Hochschulreformen zu verteidigen. Das Angebot, die Studiengänge „zu entschlacken“ und die Prüfungsdichte zu reduzieren, könnte die Tendenz, die Studierenden mit einem Schmalspurstudium abzuspeisen, sogar verschärfen. Eine weitere „Entschlackung“ der Studiengänge könnte in die Kapazitätsberechnungen eingehen und vor allem im Interesse der Finanzminister liegen, Einsparungen zu erzielen, also zu einem Stellenabbau an den Hochschulen führen, oder zumindest zur Begründung dienen, keine weiteren Stellen zu schaffen, was eigentlich notwendig wäre. Insofern könnten sich einige vermeintliche „Erfolgsmomente“ als Bumerang erweisen.

Bündnisse der Studierenden mit den Lehrenden sollten zwar angestrebt werden, doch sollten sich die Studierenden keine Illusionen über die unterschiedlichen Interessen machen. Nach meinen Erfahrungen nimmt die Bereitschaft, sich an den Bildungsprotesten zu beteiligen, in der Hierarchie ab, je weiter man nach oben kommt, und ist insbesondere unter den ProfessorInnen gering. Die Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen und die Interessen der verschiedenen Beschäftigtengruppen müssten in all ihrer Widersprüchlichkeit genauer untersucht werden, um Ansatzpunkte für eine stärkere, nicht zuletzt auch gewerkschaftliche Organisation zu finden und gemeinsame Kampfperspektiven zu entwickeln.

Wichtig erscheint mir in der gegenwärtigen Situation, die Kritik an den Studienbedingungen und der autoritär-neoliberalen Hochschulpolitik genauer zu bestimmen. Forderungen müssten aus dieser Kritik abgeleitet werden. Viele Vorstellungen, die in der Protestbewegung zirkulieren, sind nicht unproblematisch. Macht es z.B. Sinn, gegen die „Ökonomisierung der Hochschulen“ ihre „Autonomie“ zu fordern – wo doch „mehr Autonomie der Hochschulen“ selbst ein Topos der neoliberalen Reformen ist? Wollen wir eine Wissenschaft im „Elfenbeinturm“ oder in gesellschaftlicher Verantwortung? Könnten Hochschulräte sinnvoll sein, wenn Sie demokratisch konstituiert würden und nicht vorwiegend mit Vertretern von Kapitalinteressen besetzt wären? Sind gestufte Studiengänge prinzipiell abzulehnen, oder könnte es nicht sinnvoll sein, wenn sich Phasen des Hochschulstudiums und Phasen der Berufstätigkeit abwechseln würden und wenn es einen freien Zugang zu den weiterführenden Studiengängen gäbe? Solche Fragen bedürfen in der Protestbewegung weiterer Diskussion.

Zurzeit ist es nicht sinnvoll, in Verhandlungen mit den Regierungen einzutreten. Erstens gibt es (noch) keinen allgemein geteilten Katalog von Forderungen, über die man verhandeln könnte. Ob es überhaupt sinnvoll ist, einen solchen Forderungskatalog aufzustellen, wird in der Protestbewegung kontrovers diskutiert. Es gibt Befürchtungen, dass eine Konzentration auf wenige zentrale Forderungen von einer radikalen, umfassenden Kritik der herrschenden Verhältnisse ablenken könnte. Ich denke, es ist einerseits notwendig, eine radikale, umfassende Kritik der Zustände im Bildungswesen und in der Gesellschaft zu entwickeln. Es ist jedoch andererseits notwendig, zwischen kurz-, mittel- und langfristigen realisierbaren Zielen, zwischen Strategie und Taktik zu unterscheiden. Aus strategischen und taktischen Gründen ist es notwendig, dass sich die Protestbewegung auf bestimmte Forderungen wie z.B. die Abschaffung der Studiengebühren oder den freien Zugang zu den Master-Studiengängen konzentriert. Radikale Kritik und konkrete

Forderungen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Selbst wenn es einen Forderungskatalog gäbe, wäre es fraglich, ob Verhandlungen mit der Gegenseite notwendig sind. Zunächst ist es notwendig, durch direkte Aktionen weiter politischen Druck zu erzeugen. Die Gegenseite wird dann gegebenenfalls reagieren und Forderungen der Studierenden aufgreifen, auch ohne dass es Verhandlungen gibt (wie sich das auch bisher schon abgezeichnet hat). Erst wenn sich grundlegende Verschiebungen der Kräfteverhältnisse abzeichnen würden und eine Demokratisierung der Hochschulen greifbar wäre, wäre es aus meiner Sicht sinnvoll und notwendig, dies auch durch Arbeit in den hochschulpolitischen Gremien abzusichern. Im Moment kann auf diesem Feld von Seiten der Studierenden wenig erreicht werden (was aber nicht heißt, dass man dieses Feld ganz preisgeben sollte).

Ein anderer Grund, warum Verhandlungen mit der Regierungsseite zurzeit keinen Sinn machen, liegt darin, dass es auf Seiten der Protestbewegung keine repräsentativen Strukturen gibt. Wer sollte denn verhandeln? Die Teilnahme von Studierenden an irgendwelchen „Bildungsgipfeln“ könnte unter diesen Bedingungen problematisch sein und von anderen Studierenden schnell als Usurpation wahrgenommen werden. Dies verweist auf grundlegende Probleme der Demokratie in der Protestbewegung. Es ist zwar richtig, dass eine Stärke des Bildungsstreiks 2009 gegenüber früheren Streiks gerade in der bundesweiten Koordination lag. Diese Feststellung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass rätedemokratische Strukturen in der Protestbewegung schwach entwickelt sind. Teilweise wird die Basisdemokratie fetischisiert. Das Bewusstsein von den Grenzen der Basisdemokratie und der Notwendigkeit und den Möglichkeiten der Rätedemokratie ist noch wenig entwickelt. Die Basisdemokratie erweist sich nicht nur bei der notwendigen bundesweiten Koordinierung der Proteste als unzulänglich, sondern auch bei der notwendigen Ausdehnung der Protestbewegung auf lokaler Ebene. Basisdemokratische Plena und Diskussionen mit 100 oder 200 TeilnehmerInnen mögen noch ganz gut möglich sein, doch bereits bei Vollversammlungen mit 1000 TeilnehmerInnen ist ein demokratischer Diskussions- und Entscheidungsprozess kaum noch möglich; Entscheidungen verkommen schnell zur bloßen Akklamation der Aktivitäten informeller Machtgruppen. Eine Ausdehnung der Bildungsstreikbewegung auf lokaler und nationaler Ebene erfordert daher auch neue rätedemokratische Strukturen, die – trotz aller Schwierigkeiten, die mit der Delegation verbunden sind – ein dynamisches Wechselspiel von dezentraler Entscheidungsfindung und zentraler Koordination ermöglichen.

In der Bewegung besteht die Gefahr, dass die notwendige Verbreiterung und die mögliche Radikalisierung gegeneinander ausgespielt werden. Dies sollte nicht geschehen. Die Linke trägt für beides Verantwortung. Die Radikalisierung sollte primär über die Vertiefung der Kritik angestrebt werden. Es wäre allerdings illusionär, zu erwarten, dass alle TeilnehmerInnen des Bildungsstreiks Sozialisten werden. Der Unterschied zwischen einer politischen Organisation und einer sozialen Bewegung liegt ja gerade darin, dass sich in einer sozialen Bewegung zu einem bestimmten Thema Menschen zusammenfinden, die ansonsten ganz unterschiedliche Weltauffassungen und politische Positionen haben können. Bei der Wahl der Aktionsformen muss jeweils darauf geachtet werden, dass sie vermittelbar sind und dass sie der notwendigen Ausdehnung der Bewegung nicht entgegenstehen.

Eine Frage, die noch genauer beleuchtet werden müsste, betrifft die Vernetzung der Bildungsproteste mit anderen Sozialprotesten und die Bündnispolitik. Ich denke dabei insbesondere auch an Proteste gegen die Abwälzung der Kosten der jüngsten Weltwirtschaftskrise auf die Lohnabhängigen und bestimmte aktuell diskutierte Vorhaben wie z.B. die nächste Gesundheitsreform, die Anhebung der Mehrwertsteuersätze oder Kürzungen des ALG II sowie Einschränkungen öffentlicher und sozialer Dienste. Die Proteste dagegen sind zwar noch wenig entwickelt, aber dies könnte sich ändern, etwa wenn die Massenarbeitslosigkeit weiter zunimmt, die staatliche Sparpolitik verschärft wird und ihre Konsequenzen auf den verschiedenen Ebenen

sichtbar werden. Hier wäre es notwendig, lokale Aktionsbündnisse mit den Gewerkschaften und anderen Akteuren zu schließen. Es ist einerseits richtig, die Landtagswahlen in NRW, die ja auch eine bundespolitische Bedeutung haben, zum Fokus überregionaler Aktionen zu machen, andererseits ist es auch notwendig, jetzt schon über diese Wahlen hinauszudenken, denn es ist damit zu rechnen, dass sich nach diesen Wahlen die Angriffe auf die Lohnabhängige und die staatlichen Sparmaßnahmen verschärfen werden, was sich dann nicht zuletzt auch in den Hochschulen bemerkbar machen wird.

Jetzt die Früchte ernten

Dr. Andreas Keller ist Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Er leitet den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung.

Es scheint ein Naturgesetz zu sein: Alle zehn Jahre erschüttern studentische Protest- und Streikbewegungen die Republik. 1968/69 prangerte die Mutter aller Proteste die verkrusteten Strukturen der Ordinarienuniversität an – stellvertretend für die autoritäre Erstarrung der alten Bundesrepublik. 1978 riefen gewerkschaftlich orientierte Studierendenverbände den nationalen Streik gegen das Hochschulrahmengesetz aus, das fortschrittlichen Hochschulgesetzen in sozialliberal regierten Bundesländern den Garaus machte. Die UNiMUT-Protteste von 1988/89 waren der Hilferuf der geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre, die überall „zu viele“ waren – in den Schulen, an den Unis, auf dem Arbeitsmarkt. Der „Lucky Streik“ von 1997/98 spiegelte die Widersprüche des neoliberalen Umbaus der Hochschulen wider. Und 2009?

Viele hatten die studentische Protestbereitschaft im Bologna-Zeitalter für tot erklärt. Weit gefehlt. Das war die erste Botschaft des „Bildungsstreiks 2009“: Wenn der Leidensdruck groß genug wurde, ging auch die Party-Generation der nuller Jahre mit Transpa und Trillerpfeife auf die Straße.

Leidensdruck allein genügt nicht. Steffi Graf, Friederike Benda, Oskar Stolz und Ben Stotz heben zu Recht hervor: Der „Bildungsstreik 2009“ war nicht nur spontan. Ein stabiles Netzwerk sorgte für eine professionelle Vorbereitung öffentlichkeitswirksamer Protestaktionen, die dann der Funke waren, die das explosive Gemisch aus dem Kaputtsparen von Schulen und Hochschulen, Verdichtung von Lehr- und Lernprozessen zündeten.

Hinzu kam die internationale Dimension der Proteste. Die zweite Welle des „Bildungsstreiks 2009“ wäre ohne die Impulse aus Österreich in dieser Dimension nicht vorstellbar gewesen. Nachbarländer wie die Schweiz, Österreich, Italien und Frankreich wurden mit erfasst. Auf Initiative der deutschen GEW und der österreichischen GÖD erklärten sich 23 Bildungsgewerkschaften aus 19 europäischen Ländern mit den Protestierenden solidarisch. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung haben Studierende den europäischen Hochschulraum als Protestarena entschlossen – auch das ist neu.

Dass Lehrende und Lernende nicht gegeneinander arbeiteten, sondern vielerorts Seite an Seite für eine bessere Finanzierung von Bildung, für bessere Arbeits- und Studienbedingungen stritten, ist ermutigend. Das war weder 1997/98 noch 1988/89 selbstverständlich. Die Bildungsgewerkschaft GEW hat sich sehr früh – auf ihrem Gewerkschaftstag im April 2009 – für die Unterstützung des „Bildungsstreiks 2009“ ausgesprochen. Studierende, Schülerinnen und Schüler sollten jetzt solidarisch mit ihren Lehrkräften sein, wenn diese jetzt in den Verhandlungen um eine Entgeltordnung für eine bessere Bezahlung streiten – und womöglich streiken müssen. So wird ein Schuh draus: mit einer Aktionseinheit von Lehrenden und Lernenden für eine Kehrtwende in der Bildungspolitik.

Eine Stärke des „Bildungsstreiks 2009“ waren die Zugeständnisse, die der Politik abgetrotzt wurden. Bundesbildungsministerin Annette Schavan sprach sich im Sommer für den freien Zugang zum Masterstudium aus, im Herbst folgte die Ankündigung einer BAföG-Erhöhung. Beides schien noch im Frühjahr ausgeschlossen. Es kommt jetzt darauf

an, die Früchte auch wirklich zu ernten. Die Bewegung gegen alle möglichen Missstände an Schulen und Hochschulen muss jetzt strategisch und taktisch denken, Etappenziele definieren und erfolgreich durchsetzen. Die von den Bildungsprotesten ertrotzten Gipfel und Runden Tische sind daher Pflichttermine für die Streikaktivisten. Einen Masterstudienplatz für alle, ein bundesweites Studiengebühren-Moratorium, halbparitätische Lehr- und Studiausschüsse und ein neues Hochschul-Sonder-Programm mit 10.000 tarifierten Stellen mit Weiterbeschäftigungsperspektiven für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnten realistische Eckpunkte eines Aktionsprogramms „Rettet die Hochschulen“ sein.

Politik machen statt Folklore treiben

Kleine Replik auf den Text „Streikagenda 2010“

Der Bildungsstreik 2009 war zweifellos ein medialer Erfolg. Den Protestierenden ist es gelungen, das Thema Bildung auf die politische Tagesordnung zu setzen und sie sahen sich was nicht unbedingt zu erwarten war -einer eher wohlwollend beobachtenden als ablehnend hämischen Berichterstattung ausgesetzt. Das Verständnis für die Anliegen der Protestierenden, zumindest für die Anliegen, die von der Berichterstattung aufgenommen wurden, war mehr oder weniger groß und wurde von diversen politischen Akteuren auch immer wieder vorgebracht. Ursächlich für diese Wahrnehmung des Bildungsstreiks war in erster Linie die überraschende Massivität, mit der dieser seinen Lauf nahm. Ob Hörsaal-Besetzungen in vielen Städten, ob Demonstrationen mit Hunderttausenden, ob symbolische Banküberfälle oder Aktionen des zivilen Ungehorsams -all dies trug zu einem Bild des Bildungsstreiks bei, welches ihn als nahezu flächendeckendes Phänomen erscheinen ließ. Dieser Erfolg in der mittlerweile verfliegenen Präsenz ist aber auch schon der einzig wirklich greifbare. Dass die einstigen bedingungslosen Verfechter des Bologna-Prozesses ihr Fähnchen in den Wind hingen und diese „Reform“ nicht mehr so recht verteidigen wollten, ist zwar erfreulich. Dennoch sind es mehrere Schritte von der nicht mehr stattfindenden Verteidigung über schale Ankündigungen zu einer tatsächlichen Re-Reform. Und hier ist seitens der bildungspolitisch Verantwortlichen -zur Zeit jedenfalls -nicht viel zu vernehmen. Gut, irgendwann wird das BAföG wahrscheinlich erhöht und es finden Gipfel und Gespräche statt. Das war es dann aber auch.

Nun also soll, so regen es die VerfasserInnen der Streikagenda 2010 an, eine Strategiedebatte zu den Perspektiven des Bildungsstreiks begonnen werden. Zu Gute halten muss man ihnen, dass sie einen von wenigen ausführlichen Texten zu dieser Debatte vorgelegt haben. Vehement kritisiert werden muss allerdings ihr strategischer Ansatz, der sich im Kern als der Entwurf einer auf mediale Präsenz schielenden polit-folkloristischen Veranstaltung geriert. Die im Text herbeigesehnte Radikalität würde zumindest im reinen Wortsinne mit dieser Strategie nicht erreicht, vielmehr verharrete der Bildungsstreik so in Form eines Events abseits politischer Prozesse.

Die VerfasserInnen mahnen an, dass eine „bundesweite Koordination“ dem Bildungsstreik eine „Vorbereitung für eine Radikalisierung der Proteste“ liefern könne. Dazu ist festzustellen: Eine Stärke des bisherigen Bildungsstreiks war gerade, dass Zentralität und Dezentralität in einem ausgewogenen Verhältnis standen. Dass bspw. Pressekonferenzen, die den gesamten Streik betrafen und außenstehenden Beobachtern eine grobe Orientierung geben sollten, zentral vorbereitet und abgehalten wurden, erwies sich durchaus als sinnvoll. Dass es keine Großdemonstration in einer Stadt, sondern viele Demonstrationen in vielen Städten gab, ebenso. Es bedarf keinesfalls einer starken „bundesweiten Koordination“, die die einzelnen Schulen, Fachhochschulen und Universitäten an die Hand nimmt und wohlbehütet durch die Wirren eines angeblich zu eskalierenden Streiks führen soll. Erstens ist so ein Vorschlag praktisch nicht umsetzbar, da die Bildungsstreikbewegten sich glücklicherweise ihrer Vielfalt bewusst sind, und zweitens kann solch eine „bundesweite Koordination“ nicht legitimiert werden, da es dafür kein geeignetes Verfahren gibt -es sei denn man sähe den Bildungsstreik mit einem parteigetrübten Auge.

Die Quintessenz der strategischen Überlegungen der Agenda-VerfasserInnen bildet die Annahme, dass ein Besetzungstreik „das einzige Mittel“ darstelle, um die Bildungsproteste „von dem Projekt einer engagierten Minderheit zu einer Bewegung aller Studierenden zu machen“. Der Vorschlag eines Besetzungstreiks, der „den kompletten Lehrbetrieb aussetzt“, klingt zugegebenermaßen zunächst einmal recht leidenschaftlich. Wie eine mögliche Umsetzung so einer Streikform allerdings aussehen soll, dazu findet sich im Strategiepapier kein Wort. Erfahrungsgemäß bindet ein

umfassender Besetzungstreik eine nicht unbeachtliche Masse von AktivistInnen Tag und Nacht allein durch die notwendige „Bewachung“ von Gebäuden und deren Zugängen. So etwas ist mit etwas Euphorie sicherlich schnell auf Vollversammlungen zu beschließen. Wie die VerfasserInnen jedoch richtig erkannt haben, führt kein direkter Weg vom Beschluss einer Vollversammlung (vor dem Hintergrund der Teilnehmerzahlen ohnehin ein legitimatorisches Problem) zur eigentlichen Aktivität/Besetzung. Dass zudem eine abgeriegelte Lehrereinrichtung mehr Menschen zum Protest animieren würde, als eine frei zugängliche, bleibt lediglich eine freudige Erwartung. Die Erfahrung vergangener Streiks zeigt eher, dass eine große Anzahl von Studierenden bei einer lahmgelegten Universität dieser einfach fernbleibt. Was soll also die Fixierung auf einen bundesweiten Besetzungstreik, der ohnehin nicht angeordnet werden kann und dessen Vorbereitung, Durchsetzung und Aufrechterhaltung Massen an AktivistInnen binden würde? Bei solch einer Strategie dringt eher die Lust an politischer Folklore als an ernsthaft betriebener Politik zu Tage: Stellen wir uns vor, irgendwann in diesem Jahr würden sich einige Universitäten im anhaltenden Besetzungstreik befinden (und nicht nach drei Tagen von Präsidium und Polizei wieder geräumt sein.) Dann sitzen die Protestierenden eben in der abgeriegelten Universität rum. Die VerfasserInnen schreiben zwar, dass sich dann evt. Räume ergäben, in denen dann über ein anderes Bildungssystem debattiert werden könne. Doch dies ist auch jetzt schon möglich, wird aber einfach zu selten gemacht.

Festzuhalten ist auch, dass man sich mit Professoren, Dekanen, Präsidenten, Landes- und Bundespolitikern nicht nur per Podiumsdiskussion auseinandersetzen kann. Es ist auch nicht besonders emanzipatorisch, in stundenlangen Plenarveranstaltungen Forderungen zu formulieren und es dann dabei zu belassen. Entweder weil kein richtiger Adressat dafür vorhanden ist oder fälschlicherweise der Auffassung gefolgt wird, mit ein, zwei Massendemonstrationen sei die Pflicht erfüllt und die „Verantwortlichen“ sollten dann mal bitte loslegen und ihre Politik ändern. Wenn schon Forderungen aufgestellt werden, dann müssen diese auch hart verhandelt und am besten auch noch durchgesetzt werden. Und dazu braucht es nicht nur aktionsorientierten Druck „von unten“, sondern eben auch Kenntnisse über universitäre, allgemeinpolitische und bildungspolitische Abläufe. Wenn Protestierende sich mit solchen Kenntnissen in anstrengende und ermüdende Aushandlungsprozesse begeben würden, dann könnte dies nicht in erster Linie auf einer Bundesebene passieren, für die erst einmal Delegierte gefunden werden müssten. Dieses Vorgehen müsste auf Institutsebene begonnen, auf universitärer Ebene weitergeführt und dann schließlich auf Landes- und Bundesebene gebracht werden. Und dabei bliebe es allen Beteiligten selbst überlassen, wie sie ihre politische Arbeit verstehen wollen. Ob nun bspw. Regierungsparteien unter Druck gesetzt würden (in Berlin hatte man im Streik 2003/2004 recht gute Erfolge damit), ob sich mit kooperativen oder weniger kooperativen Professoren, Dekanen und Präsidenten auf die eine oder andere Weise auseinandergesetzt werden müsste, ob Landespolitikern Haushaltszugeständnisse abgepresst werden sollten oder in Zusammenarbeit mit DozentInnen Seminare umfunktioniert oder Anwesenheitslisten einfach mal weggeschmissen würden -all dies setzte eine Bereitschaft der Unzufriedenen voraus, sich nicht nur über Forderungen mit der eigenen Lage auseinander zu setzen, sondern sich aktiv aus der akklamatorischen Ecke herauszubewegen. Diese Art von Graswurzelarbeit hätte für den Bildungstreik zur Folge, dass dieser wirklich nur noch als zarte übergeordnete Klammer mit einigen eher allgemeinen

Forderungen und einigen größer koordinierten Events verbliebe. Die Sache auf diese Weise anzugehen wäre auch sicherlich mit wenig Spaß und viel Frust verbunden, hätte aber mehr mit Bildung und Politik zu tun, als Demo, Soli-Konzert und Vokü. Deshalb wird sie auch nicht funktionieren.

